

1. September 2020

ÖKUMENISCHE INFORMATION

36

Nachrichten und Hintergründe
aus der Christlichen Ökumene
und dem Dialog der Religionen

Ethische Streitfrage

Debatte um Suizidbeihilfe belastet Ökumene

Seite 3

Überraschender Wechsel

Neues Oberhaupt für orthodoxe Kirche in Belarus

Seite 5

Langjähriger Gast

Freikirchen-Bund will ACK-Vollmitglied werden

Seite 11

Beitrag zur Verständigung

Jüdisches Museum Berlin zeigt neue Dauerausstellung

Seite 11

Noch keine Geschwisterlichkeit

Experte über den christlich-islamischen Dialog

Seite 18

Dokumentation

„... wie ein Fluss“

Die Ökumenekonzeption

der Evangelischen Kirche im Rheinland

Lebenslange Haft für Christchurch-Attentäter

Christchurch Ein neuseeländisches Gericht hat den Attentäter von Christchurch zu einer lebenslangen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Richter Cameron Mander sprach den australischen Neonazi Brenton Tarrant wegen des Mordes an 50 Muslimen vor zwei Moscheen schuldig. Es war das erste Mal in Neuseeland Rechtsgeschichte, dass ein Angeklagter für den Rest seines Lebens ohne Aussicht auf vorzeitige Entlassung im Gefängnis bleiben muss.

Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern reagierte mit „Erleichterung“ und Worten des Mitgeföhls für die Muslime des Landes auf den Urteilsspruch. An die Adresse der Muslime erklärte Ardern: „Sie haben die schrecklichen Ereignisse vom 15. März (2019) noch einmal erlebt.“ Mehr als 100 Menschen, die sich vor dem Gericht in Christchurch versammelt hatten, bejubelten laut neuseeländischen Medien das Urteil. Der Imam der Al-Noor-Moschee in Christchurch, Gamal Fouda, begrüßte den Richterspruch als Gerechtigkeit für ein „abscheuliches Verbrechen“. „Keine Strafe wird unsere Lieben zurückbringen. (...) Aber wir, die wir heute hier sind, Muslime wie Nicht-Muslime, repräsentieren Liebe und Mitgeföh.“ Zuhair Darwish, dessen Bruder Kamal vor der Al-Noor-Moschee getötet worden war, zeigte sich dagegen unzufrieden mit dem Urteil. Er hätte sich eine noch schwerere Strafe gewünscht.

In viertägiger Verhandlung hatten mehr als 80 Überlebende und Familienmitglieder der Opfer emotionale Erklärungen abgegeben. Tarrant selbst äußerte sich nicht. Der 29-Jährige hatte am 15. März 2019 vor zwei Moscheen in Christchurch 50 Muslime erschossen und 40 teils schwer verletzt. Die Morde filmte er mit einer Helmkamera und streamte sie live ins Internet. Zuvor hatte Tarrant ein langes Manifest zur Rechtfertigung seiner Tat Online gestellt. Nach seiner Festnahme plädierte er zunächst auf nicht schuldig. Im März 2020 erklärte er sich dann überraschend für schuldig, weshalb die Hauptverhandlung entfallen konnte. ●

Gericht: Entschädigung wegen Kopftuchs rechtens

Erfurt/Berlin Das Land Berlin kann muslimische Lehrerinnen mit Kopftuch nicht unter Berufung auf sein Neutralitätsgesetz ablehnen. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt wies eine Revisionsklage des Landes gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg von 2018 ab. Es hatte einer Lehramtskandidatin eine Entschädigung in Höhe von 5.160 Euro mit der Begründung zugesprochen, dass sie wegen ihrer Religion nicht eingestellt und damit benachteiligt worden sei. Zugleich entschied das Bundesarbeitsgericht, dass die Summe angemessen sei. Die Klägerin hatte eine höhere Entschädigung gefordert. Das Gericht betonte, dass nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2015 das Neutralitätsgesetz so auszulegen sei, dass Verbote etwa eines Kopftuches nur im Falle einer Gefahr für den Schulfrieden gerechtfertigt seien. Die beiden großen Kirchen begrüßten das Urteil. Der katholische Berliner Erzbischof Heiner Koch, erklärte, die Entscheidung sei ein Anlass, mit dem Staat über religiöse Symbole in der Öffentlichkeit und die staatliche Neutralität zu sprechen. Konsistorialpräsident Jörg Antoine von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) sagte, er hoffe auf mehr Toleranz und Gelassenheit im Umgang mit religiösen Symbolen. ●

Patriarch Rai ruft zu Ende von Waffenverbreitung im Libanon auf

Beirut Der maronitische Patriarch Kardinal Bechara Rai hat die libanesische Regierung aufgerufen, die Verbreitung von Waffen zu stoppen. „Alle Waffen müssen unter die Kontrolle der Armee und der politischen Entscheidung gebracht werden“, sagte er laut Bericht der Zeitung „Naharnet“. Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehöre in die Verantwortung des Kabinetts und seiner Zweidrittelmehrheit, niemand sonst habe das Recht dazu, so der Kirchenführer. Das staatliche Monopol über Waffen sei zudem Teil der „aktiven Neutralität“, die das Patriarchat als Kurs für den Libanon fordert. ●

Ethische Streitfrage

Debatte um Suizidbeihilfe belastet kirchliches Miteinander

Von Christoph Arens

Bonn Im Februar kippte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Beihilfe zur Selbsttötung – und gab dem Recht auf Suizid einen hohen Stellenwert. Kaum war das Urteil verkündet, demonstrierten die beiden großen Kirchen Einigkeit: In einer gemeinsamen Erklärung betonten die katholische Bischofskonferenz und der Rat der EKD, der Richterspruch sei ein „Einschnitt in unsere auf Bejahung und Förderung des Lebens ausgerichtete Kultur“. Organisierte Angebote der Selbsttötung dürften nicht zur Normalität werden.

Doch während die katholischen Bischöfe das Urteil weiterhin harsch kritisieren, zeigten sich innerhalb der evangelischen Kirche schnell Risse. Deutlich wurden sie in der internen Debatte der EKD um eine Stellungnahme zum Urteil an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gab es einen ersten Entwurf, der sich den Ruf der Richter nach Selbstbestimmung weitgehend zu eigen machte und von einem „Gebot der Humanität“ sprach, Menschen zu einem würdigen Suizid zu verhelfen. In dem dann letztlich versandten Schreiben lässt sich die Kirche zwar vorsichtig auf das Urteil ein. An ihrer Kritik am Verfassungsgericht hält sie aber fest. Von einem „Gebot der Humanität“, Suizidwillige zu unterstützen, ist nicht mehr die Rede.

Insbesondere der Landesbischof von Hannover, Ralf Meister, hat sich zum Sprecher derjenigen gemacht, die die Kirchen aus Nächstenliebe gefordert sehen, Suizidwillige bis zum Ende zu begleiten. Das könne auch in kirchlichen Einrichtungen geschehen, so der 58-jährige Theologe. Unterstützung erhielt er auch vom emeritierten Bamberger evangelischen Theologen Werner Ritter. Er warf der katholischen Kirche, aber auch dem EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm, im Deutschlandfunk vor, ideologisch starr zu

reagieren. Er habe aber die Hoffnung, dass durch Meisters Äußerungen Bewegung in die evangelische Kirche komme.

Differenzen lassen sich zunächst am Gottesbild festmachen: Meister und Ritter argumentieren, wenn das Leben von Gott geschenkt sei, dürfe der Mensch „auch über die Art und Weise und den Zeitpunkt des Lebensendes selbstbestimmt nachdenken“. Dem hält etwa der katholische Moraltheologe Franz-Josef Bormann entgegen, es gebe eine „ganz klare biblische Grundorientierung, dass Leben auf keinen Fall zerstört werden darf“. Diese Position unterstützte auch die Bischofskonferenz: „Der Gedanke, die dem Menschen von Gott geschenkte Autonomie umfasse auch ein fundamentales Recht, sich selbst zu töten, ist problematisch“, sagte Sprecher Matthias Kopp. Auch der Katholik und SPD-Politiker Wolfgang Thierse unterstützte: Als Christ begreife er das Leben als ein Geschenk und leite daraus „die prinzipielle Unverfügbarkeit“ darüber ab.

Jenseits konkreter politischer Fragen wirft die Debatte auch ein Licht auf das ökumenische Miteinander. Zwar liegen die Gräben diesmal nicht zwischen Katholik und Evangelisch. Dennoch zeigt sich, dass gemeinsame Positionen in bioethischen Fragen immer schwerer zu formulieren sind. Denn während die evangelische Ethik gesellschaftliche Realitäten stärker berücksichtigt, argumentiert die katholische Kirche eher mit überzeitlichen Vorgaben. Individuelle Selbstbestimmung hat darüber hinaus in der evangelischen Theologie einen deutlich höheren Stellenwert als in der katholischen Lehre. In ihrer Stellungnahme an Spahn warnen die katholischen Bischöfe denn auch vor einem rein individualistischen Verständnis „autonomer Selbstbestimmung“. Der Mensch lebe demgegenüber immer in und aus Beziehungen. ●

Bedford-Strohm sieht Fortschritte bei der Ökumene

Freiburg Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm hat Einschätzungen widersprochen, nach denen es zuletzt in der Ökumene ruhiger geworden sei. Schlagzeilen seien vom Spektakulären geprägt, sagte Bedford-Strohm im Interview der „Herder-Korrespondenz“. Das habe zur Konsequenz, dass „die Normalität von Ökumene in der Berichterstattung deutlich weniger vorkommt“. Nach dem Reformationsgedenken 2017 sei Ökumene für viele stärker Normalität als vorher, auch wenn Berichte darüber „allenfalls in Lokal- oder Regionalzeitungen“ stünden. Tatsächlich habe sich viel verändert.

Mit Blick auf die katholische Kirche sagte Bedford-Strohm, er verfolge das Reformvorhaben *Synodaler Weg* „mit großer Sympathie“. Der Ratsvorsitzende betonte: „Ich habe hohen Respekt und auch Bewunderung dafür, wie man in der katholischen Kirche aufbricht – und dass alle Beteiligten auch jenseits ihres kirchlichen Status gleichberechtigte Diskursteilnehmer sind.“

Den Wechsel im Amt des Bischofskonferenzvorsitzenden von Kardinal Reinhard Marx zu Bischof Georg Bätzing hält Bedford-Strohm für unproblematisch, weil er selbst „nahtlos anschließen“ könne: „Auf dem bisherigen Höhepunkt der Pandemie haben wir ein gemeinsames Wort zum Sonntag gesprochen, was es so bisher in dessen langer Geschichte noch nicht gegeben hat.“ Stärker ökumenisch gearbeitet werden könne bei der Gebäudenutzung. Es gehe um Ressourcen und das Einsparen finanzieller Mittel angesichts der kommenden Entwicklungen bei den Steuereinnahmen.

Mit Blick auf die Debatte über gemeinsame evangelische Abendmahls- und katholische Eucharistiefiern warnte Bedford-Strohm vor „Aktionen, die letztlich vor allem Gegenreaktionen verursachen, weil sie den Konsens innerhalb der katholischen Bischofskonferenz eher bremsen als befördern“. Dies wäre kontraproduktiv. Über das Thema müsse so gesprochen werden, „dass wir wirklich einen

Geist der Gemeinsamkeit befördern. Dazu gehört auch die Frage, was wir Evangelische eigentlich tun können, um es der katholischen Kirche leichter zu machen“.

Hinter den Kirchenaustrittszahlen sieht der Ratsvorsitzende einen „gesellschaftlichen Megatrend, den wir als Kirchen gar nicht oder nur sehr bedingt beeinflussen können“. Eine Kirchenmitgliedschaft sei früher mit sozialem Zwang verbunden gewesen, weil Menschen ihren Eltern oder Großeltern einen Austritt nicht zumuten wollten. Heute sei es eher umgekehrt, und „gerade junge Leute müssen sich manchmal schon eher dafür rechtfertigen, dass sie in der Kirche sind“. Dass insgesamt 43 Millionen Menschen in Deutschland Mitglied einer der beiden großen Kirchen seien, nannte der EKD-Chef „etwas ganz Starkes“.

Erste „Hybrid-Konferenz“ der Evangelischen Allianz

Bad Blankenburg Die Deutsche Evangelische Allianz (DEA), der Dachverband der Evangelikalen in Deutschland, hat nach Abschluss ihrer jährlichen Konferenz ein positives Fazit gezogen. „Die Allianz lebt! Trotz Corona-Einschränkungen, vor Ort und per Livestream“, sagte DEA-Vorsitzender Ekkehart Vetter. Viele Mitarbeiter hätten „mit Engagement und innovativer Schaffenskraft ein Programmangebot für unterschiedliche Generationen auf die Beine gestellt.“ Die Allianz-Konferenz, zu der in den vergangenen Jahren jeweils rund 2.000 Teilnehmer kamen, findet seit 1886 im thüringischen Bad Blankenburg statt. Wegen der Corona-Pandemie musste sie in diesem Jahr vom 29. Juli bis 2. August erstmals als „Hybrid-Veranstaltung“ durchgeführt werden. Vor Ort kamen deutlich weniger Teilnehmer zusammen; dafür gab es eine Live-Übertragung. Nach erster Einschätzung der DEA wurden auf diese Weise mehr Menschen als sonst erreicht. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor.

Überraschender Wechsel

Neues Oberhaupt für orthodoxe Kirche in Belarus

Von Oliver Hinz

Minsk/Moskau Sein Umfeld beschreibt ihn als Asket und Mann des Gebets: Benjamin Tupjeko (51), neuer Metropolit von Minsk und Sluzk und Patriarchaler Exarch von ganz Belarus. Das Leitungsgremium der russisch-orthodoxen Kirche, der Heilige Synod, wählte den bisherigen Bischof von Borisow und Marinogorsk am 25. August in Moskau zum neuen Oberhaupt der orthodoxen Kirche in Belarus. Zuvor nahm das vom Moskauer Patriarchen Kyrill I. geleitete Gremium bei seiner Zusammenkunft das überraschende Rücktrittsgesuch des bisherigen Exarchen Pawel Ponomarjow (68) an und ernannte ihn zum Metropoliten von Jekaterinodar und Kuban mit Sitz im südrussischen Krasnodar. Der dortige Metropolit Isidor Kiritschenko war am 8. August im Alter von 80 Jahren den Folgen einer Coronavirus-Infektion erlegen.

Die Hintergründe von Pawels Rückzug bleiben im Dunkeln. Das Moskauer Patriarchat nannte keine Gründe für Pawels Gesuch, ihn von der Leitung der Kirche in Belarus zu entbinden. Trat er aus eigenem Antrieb zurück? Waren ihn die Spannungen in der schweren Krise des Landes, die auch in der Kirche spürbar sind, zu viel?

Pawel hatte dem belarussischen Staatschef Alexander Lukaschenko zur Wiederwahl gratuliert, obwohl die Opposition dem Langzeitpräsidenten eine massive Fälschung der Wahl zu seinen Gunsten vorwirft. Als später kursierte, er habe seine Glückwünsche an Lukaschenko zurückgenommen, dementierte er das. Der Metropolit ging auffallend auf Distanz zu den Massenprotesten nach der umstrittenen Wahl vom 9. August. Er besuchte aber dann doch in einem Krankenhaus Opfer der Gewalt von Polizisten gegen friedliche Demonstranten und forderte eine „gerechte Untersuchung der Straftaten“. Zuletzt appellierte er an

die Geistlichen, sich nicht am „politischen Leben“ zu beteiligen, und distanzierte sich offen vom orthodoxen Erzbischof von Grodno und Wolkowysk, Artemij Kischtschenko, der Wahlfälschung und Polizeigewalt ganz klar verurteilt hatte.

Der Heilige Synod in Moskau, dem auch Pawel als Exarch bisher angehörte, stimmte aber ausdrücklich dem Appell der belarussischen Bischöfe für eine Beendigung der „Konfrontation“ zu: „Wir verurteilen kategorisch Gewalt, Folter, Demütigung, grundlose Inhaftierung, Extremismus in all seinen Formen und Ausprägungen, Lügen und Verrat und fordern alle, denen unser Vaterland, Kinder, Verwandte und Freunde am Herzen liegen, auf, die Konfrontation zu stoppen und zu beenden“, heißt es darin. Der Heilige Synod drückte seine „Besorgnis über die gesellschaftlichen Konflikte“ in Belarus aus, die zu „Menschenopfern“ geführt hätten. Die Behörden des Landes sollten alle Fälle von Gewalt sowohl gegen Bürger als auch gegen Sicherheitskräfte untersuchen und Gesetzesverstöße bestrafen, heißt es im Protokoll der Sitzung des Leitungsgremiums. Patriarch Kyrill I. gratulierte indes Lukaschenko zur Wiederwahl und am 30. August auch zu seinem 66. Geburtstag. In beiden Schreiben verzichtete er auf jedes kritische Wort gegenüber Lukaschenko. Er sprach sich darin auch nicht für einen nationalen Dialog in Belarus aus.

Der neue Minsker Metropolit Benjamin ist im Gegensatz zu seinem Vorgänger Pawel ein Belaruse und kein Russe. Er wurde am 16. September 1968 in der Nähe von Brest an der Grenze zu Polen geboren. Nach dem Studium der Radiophysik trat er in das Priesterseminar in Minsk ein. Er wurde Mönch im Kloster Zirowitsi. 1995 erhielt er die Priesterweihe, er lehrte Moralthologie am Seminar und übernahm mehrere Aufgaben im Kloster. Im

März 2010 wurde er von Patriarch Kyrill zum Bischof von Borisow geweiht.

Benjamin ging in seinen ersten Äußerungen nach seiner Wahl zum Metropoliten weder auf die Polizeigewalt gegen Demonstranten noch auf Lukashenko ein. Für den 30. August rief er zu landesweiten Gebeten sowie zu Fasten und persönlicher Reue als Weg zum Frieden auf. „Das Gebet ist die schwerste Arbeit, aber auch die wirksamste“, sagte er in der Minsker Kathedrale. In einem TV-Interview räumte er ein, dass von ihm erwartet werde, die Geschehnisse als gut oder böse zu bewerten. Das lehne er aber ab.

Unterdessen wurde bekannt, dass die belarussischen Behörden dem katholischen Minsker Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz die Rückkehr von Polen nach Belarus verweigert haben. Man habe ihn an der Grenze abgewiesen, sagte der Erzbischof dem von den USA finanzierten Sender Swoboda am 31. August. Das offizielle Kirchenportal „catholic.by“ bestätigte die Angaben. Kondrusiewicz hält sich seit etwa einer Woche in Polen auf. Er hatte die Gewalt der Polizei gegen friedliche Demonstranten verurteilt und die Staatsführung in Belarus kritisiert. Anfangs hatte er sich für einen nationalen Dialog zur Überwindung der Krise ausgesprochen. ●

Französisches Künstlerkloster feiert Jubiläum

Saint-Julien-des-Point Das orthodoxe Künstlerkloster „Skit Sainte Foy“ in den französischen Cevennen feiert im nächsten Jahr sein 25-jähriges Bestehen. Anlässlich des Jubiläums ist ein Bildband mit den Schöpfungen der Gemeinschaft erschienen. Das Werk unter dem Titel „Art Sacré au Skite Sainte-Foy“ präsentiert Ikonen, Mosaik, Fresken, Glasmalerei, Stickerei von liturgischen Gewändern und anderen Paramenten sowie Musik und Dichtung. Die Gründung des Klosters im Jahr 1996 erfolgte nach dem Vorbild des deutschen Künstlerdorfes Worpswede bei Bremen. Die meisten der Mitglieder sind zur östlichen Form des Christentums konvertiert. Vorsteher Bruder Jean war in seinem früheren Leben erfolgreicher Pressefotograf, berühmt für seine Bilder vom exzentrischen Maler Salvador Dalí. Mit 33 Jahren erlebte der Franzose bei einer Reportage am Heiligen Berg Athos eine innere Umkehr und lebte zunächst als Wüstenmönch im Kloster Saint Savas bei Jerusalem. Weil er Kunst und Religion vereinen wollte, gründete er zunächst die Gemeinschaft „Fraternité Saint Martin“ und kurz darauf den *Skit* (kleines Kloster) in den Cevennen. Er gehört zum exilrussischen Erzbistum von Paris. Heute leben dort rund zwei Dutzend Künstler-Brüder und -Schwestern und bieten unter anderem regelmäßige Einkehrtage an. ●

Jerusalem Patriarch sagt Reise nach Konstantinopel ab

Jerusalem Der Jerusalem Patriarch Theophilos hat seine geplante Reise nach Istanbul abgesagt. Er wollte eigentlich einer Einladung von Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel folgen und an der Eröffnung des neuen griechisch-orthodoxen Kirchenjahres am 1. September teilnehmen. Wie die Kirche von Jerusalem mitteilte, war der Primas jedoch gezwungen, seine Reise abzusagen, nachdem mehrere Hierarchen des Jerusalem Patriarchats im Anschluss an die jüngste Sitzung des Heiligen Synods positiv auf das Coronavirus getestet worden waren. Die Bischöfe einschließlich des Patriarchen würden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die weitere Ausbreitung des Virus zu bekämpfen, hieß es. Dazu gehören auch eine 14-tägige Quarantäne aller Infizierten und Kontaktpersonen.

Die Begegnung wäre das erste Treffen zwischen Theophilos und Bartholomaios nach einem Zerwürfnis der Patriarchen im Streit um die Selbstständigkeit der ukrainischen Kirche gewesen (vgl. *KNA-ÖKI* v. 18.08.2020). Theophilos hatte im Februar ein Treffen von Gegnern des Projekts in Amman einberufen. Patriarch Bartholomaios hatte seine Teilnahme verweigert und dem Jerusalem Patriarchen das Recht abgesprochen, eine solche Versammlung einzuberufen. ●

Kritik an Umwandlung von Istanbuler Kirche zu Moschee

Athen/Istanbul Die Umwandlung einer weiteren früheren Kirche in eine Moschee durch die türkische Regierung hat international Kritik ausgelöst. Die griechische Staatspräsidentin Katerina Sakellariopoulou bezeichnete auf Twitter die Umwidmung der weltberühmten *Chora*-Kirche in Istanbul, die seit 1958 ein Museum ist, als „Entstellung“. Es handle sich um einen „provokativen Akt“ der türkischen Staatsführung, der den „interreligiösen und interkulturellen Dialog“ unterminiere. Die griechische Kulturministerin Lina Mendoni sprach von einem „Affront für das Weltkulturerbe“. Die Kirche sei eines der „bedeutendsten byzantinischen Monumente“. Ihre Mosaiken und Fresken stellten „einmalige Kunstwerke“ dar. Das Bildnis der Gottesmutter aus *Chora* finde sich weltweit in allen Büchern über byzantinische Geschichte und Kunst. Ähnliches gelte für das Mosaik des thronenden Christus. „Wir reden alle über den Dialog der Kulturen, über Konsens und Toleranz. Mit solchen Akten wie den jetzt vom türkischen Präsidenten gesetzten, geschieht ein Rückschritt“, betonte Mendoni.

Der Sakralbau aus dem 11. Jahrhundert ist weltberühmt für seine Mosaik und Fresken. Nach der Eroberung Konstantinopels, des heutigen Istanbul, machten ihn die Osmanen 1511 zu einer Moschee und deckten die christlichen Kunstwerke ab. 1958 erklärte der Staat die Kirche zu einem Museum und machte die Bildnisse wieder zugänglich. Das oberste türkische Gericht hatte im vergangenen Jahr die Umwandlung des Baus in eine Moschee zugelassen. Bereits Ende Juli hatte Präsident Recep Tayyip Erdogan die 1934 zum Museum deklarierte *Hagia Sophia* bei einem islamischen Freitagsgebet offiziell wieder in eine Moschee umgewidmet.

In einer Erklärung des griechischen Außenministeriums hieß es nun, die türkische Entscheidung über die *Chora*-Kirche sei eine „neuerliche Herausforderung für die religiösen Menschen in aller Welt, aber auch für die internationale Gemeinschaft, die die Denkmale der menschlichen Kultur respektiert“. Nach der *Hagia Sophia* sei trotz der scharfen

internationalen Reaktionen auf diese Entscheidung der Status einer anderen Stätte des Unesco-Weltkulturerbes „brutal beleidigt“ worden. Das Verhalten Ankaras sei „absolut tadelnswert“. Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Die Türkei muss in das 21. Jahrhundert des gegenseitigen Respekts, des Dialogs und der Verständigung zwischen den Kulturen zurückkehren.“

Als „schmerzlich und äußerst traurig“ kritisierte das russisch-orthodoxe Moskauer Patriarchat das Verhalten der Regierung Erdogan. Auch in der *Hagia Sophia* gebe es keinen „freien Zutritt“ mehr, um die Meisterwerke christlicher Kunst zu sehen, die „verhüllt bleiben“. Zudem sei der Zutritt von Frauen „begrenzt“. Es bestehe der Eindruck, dass die türkische Staatsführung weiterhin das Erbe des eroberten Oströmischen Reiches ignorieren wolle, das man offensichtlich als „fremd“ betrachte. Christliche kulturelle Werte würden in der Türkei mit „kalter Gleichgültigkeit“ und einer „herablassenden Haltung“ behandelt.

Auch Istanbuls Christen appellierten an Erdogan, seine Entscheidung zu revidieren. In einer Verlautbarung der „Ökumenischen Vereinigung der Konstantinopler“ heißt es: „Das stellt nicht nur die Missachtung eines Weltkulturerbes dar, es öffnet auch die Büchse der Pandora, indem der Eindruck erweckt wird, dass jeder in seinem Land nach eigenem Gutdünken mit Denkmälern verfahren kann, die der gesamten Menschheit gehören“.

Die türkische Regierung hat die Kritik unterdessen als „unverschäm“ zurückgewiesen. Die „*Kariye*-Moschee“ in Istanbul sei ebenso kulturelles Eigentum der Türkei wie die *Hagia Sophia*, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Hami Aksoy, laut türkischen Medienberichten. Der Schritt widerspreche auch nicht der Unesco-Konvention zum Schutz des Weltkulturerbes. Griechenland habe seinerseits Moscheen in Kirchen umgewandelt und sei aufgerufen, der dort lebenden türkischen Minderheit ihre „Rechte und Freiheiten“ zu gewähren. ●

Türkei: Griechenland diskriminiert muslimische Minderheit

Ankara/Athen Die Türkei wirft Griechenland vor, die türkisch-muslimische Minderheit in Westthrakien zu diskriminieren. Athen enthalte der Gruppe ihre staatsbürgerlichen Rechte vor und grenze sie bewusst aus, um sie als Druckmittel in verschiedenen Konflikten mit Ankara zu nutzen, sagte der Vorsitzende der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments, Hakan Çavuşoğlu laut der Zeitung „Sabah“. Damit verletzt der griechische Staat nach Worten des AKP-Politikers internationales Recht. Westthrakien sei die am wenigsten entwickelte Region der Europäischen Union, sagte Çavuşoğlu an Athen gerichtet.

Griechenlands früherer Präsident Prokopis Pavlopoulos entgegnete, dass die Minderheit in Thrakien „ihre Rechte zur Gänze ausübt, blüht und daher zunimmt“. Da sei die Lage der orthodoxen Christen in Konstantinopel völlig anders: „Zwei Pogrome haben zum Aussterben der griechischen Minderheit geführt, die 1923 noch 125.000 Angehörige stark war, heute aber weniger als 2.000 zählt“, sagte Pavlopoulos Istanbul griechischer Tageszeitung „Apogevmatini“. Damit tut sich neben der Auseinandersetzung um Erdgasbohrungen im Mittelmeer und dem Streit um die Umwandlung von Kirchen in Moscheen (siehe S.5) ein weiterer Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei auf.

Die türkischen Vorwürfe werden untermauert durch einen Mitte August veröffentlichten Bericht des türkischen Parlaments. Demnach stellen die Muslime im griechischen Westthrakien – Türken, Bulgaren (*Pomaken*) und Roma –, die 1920 noch eine 65-prozentige Mehrheit gebildet hatten, heute nur noch 30 Prozent der dortigen Bevölkerung dar. Hatten sich 1923 noch 84 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Böden in ihrem Besitz befunden, so seien das heute nur mehr 25 Prozent. Zur muslimisch-türkischen Minderheit gehören laut Bericht aktuell 150.000 Menschen.

Besonders prangert das Dokument mangelnden Schutz des religiösen und kulturellen Erbes der

Türken in Westthrakien an. Die 600 Jahre alte osmanische Moschee in der Grenzstadt Didymoticho sei nach einem Brand 2017 noch immer nicht restauriert. Die Türkei habe den Griechen wiederholt vergeblich angeboten, das Gotteshaus von 1420 wiederherzustellen.

Auf dem Gebiet des Schulwesens wartet laut Angaben der Antrag der Minderheit auf zweisprachige türkisch-griechische Kindergärten und Vorschulklassen seit 2011 auf Beantwortung durch das Athener Schulministerium. In den vergangenen 25 Jahren habe sich die Zahl der Grund- und Oberschulen der Minorität von 231 auf 115 verringert. Als Vorwand dafür hätten die griechischen Behörden fehlende Mittel und zu geringe Schülerzahlen angeführt, heißt es in dem Bericht. Allein 2020 seien schon acht Minderheitsschulen geschlossen worden.

In Griechenland wurde dieses Dokument von der oppositionellen Zeitung „Ethnos“ fast im gesamten Wortlaut und ohne Kommentar veröffentlicht. Ausführlich beschäftigt sich das Blatt auch mit den muslimischen Türken auf den Inseln der Dodekanes. Diese gehörten nach Ende des Osmanischen Reiches zwischenzeitlich zu Italien und kamen erst 1947 zu Griechenland. Rom hatte sich dort zwar um die Schaffung einer eigenen Italienisch-Orthodoxen Kirche bemüht, die Muslime jedoch unbehelligt gelassen. Der Groß-Mufti von Rhodos, Seyh Suleyman Kaslioglu, versteckte nach der deutschen Besetzung 1944 beim „Abtransport“ der dortigen Juden ihre Thorarollen, während Ankaras Konsul Mehmet Selahadin Ülkmen durch Ausstellen türkischer Pässe 42 jüdische Familien vor Auschwitz bewahrte. Kaslioglu blieb dann auch unter griechischer Herrschaft im Amt. Dann verwaiste das Großmuftiat der Dodekanes bis zum heutigen Tag, das Seminar für Moscheeprediger Süleymaniye wurde 1972 geschlossen. Mit ihm die drei Minderheitsschulen auf Rhodos und Kos, sodass die türkischen Kinder seitdem griechische Schulen ohne muttersprachlichen und islamischen Religionsunterricht besuchen müssen. ●

Überblick in der Verwirrung

Neuer Führer zur Grabes- und Auferstehungskirche erschienen

Von Johannes Zang

Liebe auf den ersten Blick ist es fast nie. Die Grabes- und Auferstehungskirche in Jerusalem ruft in Pilgern Vieles wach – Zuneigung, Bewunderung oder Ergriffensein jedoch eher selten. Verwirrung oder Enttäuschung empfinden dagegen viele nach dem ersten Besuch des Gotteshauses, das die orthodoxen Christen *Anastasis* – Auferstehung – nennen. Dieser Eindruck ist mehreren Gründen geschuldet: der verwirrenden Architektur und vergeblichen Suche nach einem Bauplan; dem mitunter rücksichtslosen Verhalten der diensthabenden Kleriker, dem leider ebenso respektlosen Gebaren mancher Touristen, die nur ihr Foto im Sinn haben und dem mitunter auch für Besucher spürbaren Misstrauen zwischen den fünf christlichen Denominationen, die Besitz- und Gottesdienstrechte in der Kirche haben. Der sechsten, der äthiopisch-orthodoxen Kirche ist ja nur das Kloster auf dem Dach mit zwei angrenzenden Kapellen geblieben.

Verwirrung und Enttäuschung – dem setzt nun ein neues Büchlein Orientierung und Aufklärung entgegen; noch dazu in einem angenehmen Verhältnis von Text zu Fotografie. Das franziskanische Autorenduo Geiger/Schüler zeichnet für das reich bebilderte Bändchen „Die Grabes- und Auferstehungskirche in Jerusalem“ verantwortlich. In vier Kapiteln behandelt der für den Text zuständige Pater Gregor Geiger die Geschichte der Kirche, erläutert die in ihr ansässigen christlichen Konfessionen, nimmt die Leser auf einen Rundgang durch den wichtigsten Bau der Christenheit mit und lädt zum Schluss mittels biblischer Zitate zum Betrachten der Kreuzwegstationen ein. Gerade bei der wechselvollen, schillernden, bizarren Geschichte des Kirchenbaus dürfte selbst Kennern ein Aha-Erlebnis zuteilwerden. Dass 1244 einige ruhige Jahre der Religionsausübung die Tataren beendeten, ist vielleicht noch bekannt. Wenige aber dürften wissen, „dass um 1555 die Georgier von

den Osmanen von den heiligen Stätten vertrieben wurden, weil sie nicht bezahlen konnten.“ Und dass der polnische König Johann III. Sobieski bei seinem Einsatz für die Franziskaner gut 100 Jahre später „durch den griechischen Dolmetscher hintergangen“ wurde, kann man kaum an anderer Stelle finden. Geiger gelingt es, auf sieben Seiten das Auf und Ab der *Anastasis*, die vielen Wechsel der Eigentumsrechte samt legendärer „Status Quo“-Regelung von 1852 sowie die Schäden durch wiederholte Erdbeben leserfreundlich zu schildern. Ebenso kurz und bündig charakterisiert er die in (und auf) der Kirche angesiedelten christlichen Denominationen.

Im Unterkapitel „Ökumene“ räumt der seit 20 Jahren in Jerusalem lebende Ordensmann ein, dass Besucher aus „gemischt-konfessionellen Gebieten, die mit ihren eigenen Erfahrungen die Ökumene im Heiligen Land betrachten, zunächst oft enttäuscht“ sind. Der Franziskaner gibt dabei jedoch zu bedenken, dass im Gegensatz zum deutschen Sprachraum im Heiligen Land Angehörige verschiedener Konfessionen „häufig auch unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur“ seien, bei „unterschiedlichen Mentalitäten und Temperamenten.“

Im Anhang finden sich eine wertvolle Zeittafel, nützliche Informationen zu Gottesdienst- und Öffnungszeiten sowie Literaturhinweise. Der hintere Umschlag ist ausklappbar und zeigt einen farbigen Übersichtsplan der Kirche mit 29 Besichtigungsorten, zudem die Rekonstruktion der konstantinischen Basilika beziehungsweise der Kreuzfahrerkerche. ●

Gregor Geiger / Petrus Schüler: Die Grabes- und Auferstehungskirche in Jerusalem, Kunstverlag Josef Fink, Lindenberg 2020, 74 S., 5 Euro.

Erzbischof Heße: Offen über Frauenweihe diskutieren

Hamburg Der Hamburger Erzbischof Stefan Heße hat sich für eine offene Debatte über die Zulassung von Frauen zum Weiheamt in der katholischen Kirche ausgesprochen. „Man muss über die Themen denken und diskutieren dürfen“, sagte er bei einem Gesprächsabend in der Katholischen Akademie Hamburg. Auch mit dem 1994 veröffentlichten Schreiben „*Ordinatio sacerdotalis*“ von Papst Johannes Paul II. zum Ausschluss des Frauenpriestertums sei die Angelegenheit nicht erledigt. „Die Diskussion ist nach wie vor da, sie ist lebendig, und sie ist durch ein Papier nicht zu ersticken“, so Heße. Laut dem Erzbischof gibt es viele neue Argumente, die miteingebracht werden müssten. „Die historische Perspektive ist eine – aber die ist nicht alles.“ Theologen stellten beispielsweise die Frage, ob bei der Menschwerdung Christi das Mannwerden oder das Personwerden das Entscheidende sei.

Heße ist Mitglied des Forums „Frauen in Diensten und Ämtern in der Kirche“ beim *Synodalen Weg*. Mit Blick auf diesen Reformprozess der deutschen katholischen Kirche äußerte er die Hoffnung, dass strittige Fragen „auf Herz und Nieren“ geprüft würden und die Bischöfe die Ergebnisse nach Rom brächten. „Ich habe aber auch die realistische Vorstellung, dass damit die Fragen nicht beantwortet und gelöst sind.“ Auf die Frage, ob er beim Synodalen Weg für die Zulassung von Frauen und Diversen zum Priesteramt eintrete, antwortete der Erzbischof, dass er mit Offenheit in den Reformprozess gehe. „Wenn die Ergebnisse am Anfang schon feststehen, dann habe ich kein Interesse an dem Weg.“

Auch die Münsteraner Theologin und Vorsitzende des Frauen-Forums, Dorothea Sattler, äußerte Zweifel an der Verbindlichkeit des Schreibens von Johannes Paul II. „Viele Theologinnen und Theologen sind der Überzeugung, dass da auf lehramtlicher Seite die Tür noch nicht zu ist.“ Ihrer Auffassung nach können auch Frauen Jesus Christus repräsentieren. Laut Sattler sind diejenigen, die das Bestehende bewahren möchten, beim *Synodalen Weg* in

der Minderheit. „Nach meiner Einschätzung ist die Mehrheit – auch unter den Bischöfen – sehr ernsthaft darum bemüht, manches auf den Prüfstand zu stellen und auch sehr konkrete Ergebnisse zu erzielen.“

Der Reformprozess wird am 4. September mit Regionalkonferenzen an fünf Orten fortgesetzt. Die Treffen mit jeweils rund 50 Teilnehmern finden am in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Ludwigshafen und München statt. Wegen der Corona-Pandemie wurde die eigentlich Anfang September vorgesehene zweite Synodalversammlung um rund ein halbes Jahr nach hinten verschoben. Stattdessen wollen die Organisatoren mit den Regionalkonferenzen den 230 Synodalen eine Möglichkeit bieten, sich über aktuelle Fragen auszutauschen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf den Folgen der Corona-Pandemie. ●

Gespräch in Rom – Deutsche Bischöfe wollen Laien beteiligen

Würzburg In der Debatte über die Vatikan-Instruktion zu Pfarreireformen in der katholischen Kirche suchen die deutschen Bischöfe das Gespräch mit Rom. Daran wollen sie auch katholische Laien beteiligen, wie die Deutsche Bischofskonferenz nach einer Sitzung des Ständigen Rates in Würzburg mitteilte. Zuvor hatte der Präfekt der Kleruskongregation, Kardinal Beniamino Stella, den deutschen Bischöfen ein Gespräch über das umstrittene Dokument angeboten. Bischofskonferenz-Vorsitzender Georg Bätzing werde der Kongregation vorschlagen, das Gespräch mit dem Präsidium des *Synodalen Wegs* zu führen, da Bischöfe, Priester, Diakone und Laien in dem Vatikan-Papier gleichermaßen angesprochen würden, hieß es. Zum Präsidium gehören neben Bätzing und seinem Stellvertreter, Osnabrücks Bischof Franz-Josef Bode, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, und ZdK-Vizepräsidentin Karin Kortmann. ●

Langjähriger Gast

Freikirchen-Bund will nach 70 Jahren ACK-Vollmitglied werden

Von Karl Heinz Voigt

Witten Obwohl der Bund Freier evangelischer Gemeinden (BFeG) sich in das Schaffen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) seit ihrer Gründung 1948 miteinbringt, ist er bis dato nur Gastmitglied in dem Ökumene-Bündnis. Nach einem Leitungsbeschluss im September vergangenen Jahres hat der Bund inzwischen die Vollmitgliedschaft beantragt. Warum erst jetzt nach über 70 Jahren?

Der BFeG war bereits beim ersten Treffen der Kandidaten für die Gründung der ACK am 17. Oktober 1947 im hessischen Assenheim vertreten. Aus Witten, dem Sitz der Bundeszentrale, wurde der Frankfurter Gemeindepastor Karl Glebe (1885-1966) entsandt. Er war nur wenige Monate vorher zum Präses des BFeG berufen worden. Allerdings tat sich der Bund schwer mit der ACK-Gründung. So hätte die Vollversammlung aller Vertreter der nach ihrem Selbstverständnis autonomen Bundesgemeinden die ACK-Satzung ratifizieren müssen, um ihren Delegierten zur Zustimmung zu berechnen. Dies ließ sich kurzfristig nicht realisieren. Zudem wurde die Frage nach dem Verlust der Freiheit heftig diskutiert. Die Angst vor einer „Superkirche“ war groß in der Bundesgemeinschaft, die immer besonderen Wert auf die Unabhängigkeit und Freiheit ihrer Gemeinden gelegt hatte. Nicht zuletzt hatten Persönlichkeiten aus den verbundenen Gemeinden in den USA Einfluss darauf, dass man an der Linie der „ökumenischen Abstinenz“ festhielt.

So blieb der Stuhl des BFeG-Vertreters also in der konstituierenden Sitzung der ACK am 10. März 1948 leer. Die damals noch kleine Arbeitsgemeinschaft mit sieben Mitgliedskirchen war jedoch weitherzig. Ohne dass es in der Satzung vorgesehen war, räumte sie den Freien evangelischen Gemeinden einen Gaststatus ein. Dieser wurde

später mit einer Satzungsänderung offiziell besiegelt und von der Bundesgemeinschaft bis in die Gegenwart treu ausgefüllt.

Zu DDR-Zeiten hatte der BFeG in Ostdeutschland vorübergehend bereits eine Vollmitgliedschaft in der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft inne. Dort wurde 1975 Johannes Schmidt (1929-2012) zum BFeG-Präses gewählt. Mit ihm wurden die DDR-Gemeinden als Vollmitglied in die 1970 gebildete „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR“ (AGCK) aufgenommen. Schmidt fühlte sich dort zu keiner Zeit eingeengt oder gar vereinnahmt, wie er in seiner Autobiografie schreibt. Als sich östliche AGCK und westliche ACK im November 1991 in Eisenach wieder vereinigten, war das für die Ost-Gemeinden des BFeG mit dem Rückschritt in die Gastmitgliedschaft verbunden, was unter ihren Mitgliedern nicht nur Zustimmung fand.

Dennoch blieb der BFeG lange skeptisch gegenüber einer ACK-Vollmitgliedschaft. Inzwischen haben ein Generationenwechsel und wohl auch eine theologische Neuorientierung stattgefunden, die keineswegs das traditionelle Selbstverständnis in Frage stellt, aber neue Offenheit ermöglicht. Die Beantragung der Vollmitgliedschaft ist an die Bedingung geknüpft, dass die Eigenständigkeit des Bundes und seiner Gemeinden unangetastet bleiben. Inzwischen haben viele BFeG-Pastoren in den regionalen ACK-Gruppen einen selbstverständlichen Platz. Das ökumenische Miteinander gestaltet sich nicht nur problemlos, sondern auch gewinnbringend. Die ACK-Mitgliederversammlung hat dem Antrag des Bundes auf eine Vollmitgliedschaft bereits positiv beschieden. Es ist zu erwarten, dass auch die Leitungen der inzwischen 17 Mitgliedskirchen zustimmen werden. Ein Abschluss des Prozesses wird für Ende des Jahres erwartet. ●

Ökumenischer Tag der Schöpfung am 4. September in Landau

Frankfurt/Landau Die zentrale bundesweite Feier des ökumenischen Tages der Schöpfung findet am 4. September im pfälzischen Landau statt. Wie die veranstaltende Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) in Frankfurt mitteilte, steht der Tag steht unter dem Motto „(w)einklang“. Es nehme Bezug auf den Weinbau, der die Pfalz prägte, und erinnere an den biblischen Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung. Seit 2010 feiert die ACK in Deutschland jährlich am ersten Freitag im September den ökumenischen Tages der Schöpfung – jedes Jahr an einem anderen Ort.

Der Aktionstag wird um 16.00 mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Landauer Stadtpfarrkirche Sankt Maria eröffnet, der live auf Youtube übertragen wird. Die Predigt hält der französische Bischof von Troyes, Marc Stenger. Anschließend werden jeweils 90-minütige Spaziergänge und Workshops angeboten, die das Bewusstsein für die Umwelt schärfen sollen. Dabei können Teilnehmer sich über die Arbeit der Umweltwissenschaften am universitären Campus Landau informieren oder die Arbeit eines Bio-Winzers sowie von Umweltaktivisten kennenlernen. ●

Vatikan und Weltkirchenrat veröffentlichen Corona-Dokument

Vatikanstadt Der Weltkirchenrat (ÖRK) und der Päpstliche Rat für interreligiösen Dialog haben ein gemeinsames Dokument zur Corona-Pandemie veröffentlicht. Das 24 Seiten umfassende Schreiben mit dem Titel „Serving a Wounded World“ (Im Dienste einer verwundeten Welt) soll zu mehr Solidarität zwischen den Religionen beitragen. Ziel sei ein „konkretes und glaubwürdiges Handeln“ – auch über die gegenwärtige Krise hinaus. Adressaten sind in erster Linie christliche Kirchen und Organisationen. Das Dokument stelle heraus, dass die Pandemie die Chance biete, „neue Formen der Solidarität“ zu entdecken, heißt es in

einer Vatikan-Mitteilung. Dies könne helfen, eine bessere Welt nach *Covid-19* zu entwerfen. Der für interreligiösen Dialog zuständige Kurienkardinal Miguel Angel Ayuso betonte, das Coronavirus habe „die Verwundbarkeit und Zerbrechlichkeit unserer Welt“ schonungslos offengelegt. Darauf wolle man nun eine ökumenische Antwort geben. ÖRK-Generalsekretär Ioan Sauca erklärte: „Angesichts der Pandemie ist die gesamte Menschheitsfamilie aufgerufen, sich gegenseitig zu schützen und unsere Gesellschaften zu heilen.“ Der Dialog zwischen den Glaubensrichtungen sei dabei ein wichtiges Mittel. ●

Taizé-Prior: Einheit der Christen bedeutsamer denn je

Vatikanstadt 80 Jahre nach Ankunft ihres Gründers in Taizé hat der Prior der dortigen Bruderschaft das Erbe seines Vorgängers Frère Roger Schutz (1915-2005) gewürdigt. „Von Anfang an hatte Frère Roger den Wunsch, die Suche nach Einheit in den Mittelpunkt der Gemeinschaft zu stellen“, sagte Frère Alois der Vatikanzeitung „Osservatore Romano“. Frère Roger war am 20. August 1940 mit dem Fahrrad in Taizé angekommen. Das Datum gilt als Ursprung der heutigen Bruderschaft, die sich zu einem spirituellen Zentrum für Jugendliche und Familien in ganz Europa entwickelt hat.

Das Streben nach Einheit unter den Christen sei „kein Selbstzweck, sondern ein Zeugnis des Evangeliums und ein Faktor des Friedens für die ganze Menschheit“, betonte Frère Alois. Das sei heutzutage bedeutender denn je. Er staune selbst über die Kontinuität in seiner Gemeinschaft, die inzwischen mehrere Generationen umfasse. Frère Roger habe eigentlich gar keine organisierte Bewegung schaffen wollen. Der Gründer habe in Taizé eher einen „Ort des Übergangs“ gesehen. Daher werde man niemals das Ziel verfolgen, aus Taizé eine „große Institution“ zu machen, versicherte der Prior. „Sondern wir wollen eine kleine Gemeinschaft bleiben, in der brüderliche Bande Vorrang vor allem anderen haben.“ ●

Mit Dialektik die Welt erklärt

Vor 250 Jahren wurde der Philosoph Georg W. F. Hegel geboren

Von Anselm Verbeek

Berlin Die Philosophie Hegels vollendete das Denken des deutschen Idealismus. Aufbauend auf dem Werk von Kant, Fichte und Schelling beanspruchte der Welterklärer, in seinem System der dialektischen Vernunft die gesamte Wirklichkeit zu erfassen, inklusive die Religionen. Die Philosophie erklärte er zur Leitwissenschaft; mit ihrem begrifflichen Instrumentarium glaubte er auch Dogmen dialektisch fassen zu können. So konnte Hegel die Trinitätslehre orthodoxer als seine theologischen Kollegen der Berliner Universität vertreten – zumal er sich so gegen einen einflussreichen Kollegen, den Theologen Schleiermacher, profilieren konnte.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel wurde am 27. August 1770 in Stuttgart geboren. Das frühreife Wunderkind mit dem Spitznamen „der alte Mann“ erhielt ein Stipendium des Tübinger Stifts, Zentrum der Theologenausbildung in Württemberg. Gemeinsam mit Hölderlin und Schelling studierte Hegel an der Universität Theologie und Philosophie. Begeistert verfolgten die Freunde die Revolution in Frankreich. Auch wenn das Dreigestirn von den blutigen Exzessen bald angewidert war, so sollte die Parole *liberté* ihnen zur Lebensmaxime werden. Hegel begeisterte sich für Rousseau und urteilte: „Religion und Politik haben unter einer Decke gespielt, jene hat gelehrt, was der Despotismus wollte.“ Er erwarte „eine Revolution in Deutschland“ nach den Prinzipien des kantischen Systems.

Keiner der drei Freunde wurde Geistlicher. Dennoch hat ihr Leben das theologische Studium geprägt, das Hegel 1793 mit dem Konsistorialexamen abschloss. Er schlug sich als Hauslehrer in Bern und Frankfurt durch – sieben lange Jahre. Die Freizeit nutzte er zum Selbststudium. Antikenbegeistert idealisierte er die politischen Freiheiten im „republikanischen Griechenland“. Die

Volksfrömmigkeit in der *Polis*, dem Stadtstaat der Hellenen, schien ihm vitaler als das „positive Christentum“ mit seinen Dogmen.

In der Krise fand Hegel einen Weg, sich mit den bestehenden Verhältnissen der Gegenwart zu „versöhnen“: den *dialektischen Dreischritt*. Der Philosoph wandte sich gegen Kants Dualismus von „Ding an sich“ und „Erscheinung“. Denn Hegel sah Wirklichkeit als eine Einheit zwischen Subjekt und Objekt, zwischen dem Erkennenden und dem zu Erkennenden. Er bedauerte in Kants Ethik die Spaltung des Individuums zwischen Pflicht und Neigung. Deshalb setzte er sich zum Ziel, die „Einigkeit des ganzen Menschen“ wiederzugewinnen.

Der junge Hegel entdeckte in der Lebenswirklichkeit die elementare und dialektische Kraft der Liebe. Unter Hölderlins Einfluss werden dem philosophierenden Theologen „Liebe“ und „Leben“ zu Leitbegriffen des Denkens. Liebende gehen aus sich heraus, überschreiten Grenzen, vergessen sich im anderen Selbst, und entfremden einander. Im dialektischen Dreischritt baut sich ihr Verhältnis von einer These zu einer Antithese auf; sie wird zuletzt in der Synthese negiert und auf die höhere Stufe eines reiferen Bewusstseins gehoben. Hegel gelang es auf einer dialektisch höheren Ebene, sich mit der Gegenwart wie den historisch gewachsenen Verhältnissen des monarchischen Prinzips in Deutschland zu versöhnen, aber, auch mit der historisch gewachsenen, positiven Religion.

1801 konnte er seine akademische Laufbahn an der Jenaer Universität beginnen. Auf Vermittlung Schellings konnte sich Hegel mit einer Arbeit über die Gesetze der Planetenbewegungen habilitieren. Aber auch politische Fragen interessierten ihn – jetzt realpolitisch moderat. In Publikationen vertrat

er die Meinung, das alte Reich habe ausgedient und Deutschland brauche eine von Grund auf neue Verfassung.

Napoleon sollte bald die zaudernden Fürsten zum Handeln zwingen – und Hegel zum vorläufigen Abbruch seiner Universitätskarriere. „Den Kaiser, diese Weltseele“, „den Weltgeist zu Pferde“ konnte er im Oktober 1806 bei Truppeninspektion vor den Schlachten von Jena und Auerstedt erleben. Die Idee des *Weltgeists* wurde zum zentralen Begriff seiner spekulativen Philosophie. Die gesamte historische Realität, die „Totalität“, galt ihm als Walten des Weltgeists. Durch ihn verwirklichte sich der „Endzweck“ der Weltgeschichte – eine säkularisierte Teleologie vergleichbar der christlichen Heilsgeschichte. Weniger pathetisch konnte Hegel die Macher der Geschichte auch „Geschäftsführer“ titulieren.

Die Folgen der Begegnung mit dem „Weltgeist“ trafen den Philosoph hart. Mit den letzten Manuskriptseiten seines grundlegenden Werkes „Phänomenologie des Geistes“ (1807) unterm Arm musste Hegel Jena verlassen. Er verdiente sein Brot als Chefredakteur einer lokalen Zeitung in Bamberg, später als Rektor eines Gymnasiums in Nürnberg, heiratete endlich.

Die Phänomenologie gehört zu seinen bedeutendsten und schwierigsten Büchern. Sie handelt von dem Selbstbewusstsein des Individuums und weitet sich zur Bildungsgeschichte der Menschheit. In der christlichen Religion offenbart sich, so Hegel, die Menschwerdung des Gottessohns, der nach seinem Tod durch die „geistige Auferstehung“ im Bewusstsein der Gemeinde fortlebt. Der Philosoph anerkannte die christliche Tradition, setzte aber in der Dogmatik eigene Akzente.

Während seines Rektorats fand Hegel noch Zeit und Kraft, ein umfassendes Kategoriensystem zu entwerfen: die zweibändige „Wissenschaft der Logik“ (1812-16). An seine Vorlesungen in Heidelberg, seiner nächsten Station von 1816 bis 1818, lehnt sich die „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“ an, in der er sein philosophisches

System in der gesamten Bandbreite entfaltet. Hegel entwickelte seine Geistphilosophie. Er analysiert in der Philosophie des subjektiven Geistes das Bewusst- und Selbstbewusstsein des Individuums; er entfaltet die Lehre vom objektiven Geist in der Darstellung von sozialen Institutionen wie Rechtsordnung, Familie oder Kirche. Ab 1818 lehrte Hegel in Berlin als Nachfolger Johann Gottlieb Fichtes, bevor er 1829 Uni-Rektor wurde.

Der Schwabe wurde der berühmteste Philosoph Deutschlands. Er wirkte vor allem durch seine Vorlesungen über die Philosophie von Recht, Geschichte, Ästhetik, Religion und Philosophiegeschichte. Berühmt, aber auch berüchtigt im Vernunftoptimismus wurde die Formel: „Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig.“ Doch mahnte Hegel zu kritischer Wachsamkeit, „in dem Scheine des Zeitlichen und Vorübergehenden die Substanz [...] zu erkennen“; vieles sei „faule Existenz“. Akademisch verklausuliert während der Demagogenverfolgung tadelte er, dass der „Anhäufung der Reichtümer“ die „Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse“ entgegen stehe.

Die postum herausgegebenen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ sind das populärste Werk Hegels, der seine Spekulationen mit Beispielen anschaulich unterfüttern konnte. Sein Leitfaden ist die Freiheit: „Erst die germanischen Nationen sind im Christentum zum Bewusstsein gekommen, daß der Mensch als Mensch frei ist.“ Vor allem die Reformation und die Französische Revolution hätten die Fackel der Freiheit vorangetragen. Mit der fortschrittsfreudigen Geschichtstheologie steht Hegel, der am 14. November 1831 nach kurzer Krankheit starb, in eschatologischer Tradition seit Augustinus. Denker wie Marx und Lenin münzten Hegels Fortschrittsgedanken materialistisch um in die Heilsidee der klassenlosen Gesellschaft. Auch bei den Existenzialisten wie Sören Kierkegaard und im 20. Jahrhundert bei Jean-Paul Sartre fanden Hegels Schriften große Resonanz. Aktuell hält unter anderen die US-Philosophin und Gender-Theoretikerin Judith Butler die Hegel-Fahne hoch. ●

Beitrag zur Verständigung

Jüdisches Museum Berlin zeigt nach Umbau neue Dauerausstellung

Von Anna Mertens

Berlin Die neue Dauerausstellung beginnt mit einem Wunsch. Nein, mit vielen Wünschen. An einer abstrakten Baumkonstruktion in blassem Holz hängen grüne Papierblätter. Noch sind die meisten leer, aber mit der Wiedereröffnung am heutigen Sonntag sind die Besucher eingeladen, Wünsche auf diese Blätter zu schreiben. Ein heller Willkommenspunkt an einem Ort, der durch die Architektur von Daniel Libeskind dunkle Schwere in sich trägt. Die neue Direktorin Hetty Berg wünscht sich, dass es ein Ort der „respektvollen Begegnung“ für alle Menschen wird, damit „der Baum des jüdischen Lebens in einem guten Klima wachsen“ kann.

Rund zweieinhalb Jahre war das Jüdische Museum in Berlin, das größte seiner Art in Europa, für den Umbau geschlossen, coronabedingt einige Monate länger als geplant. Nun sind die Arbeiten an der Ausstellung „Jüdische Geschichte und Gegenwart in Deutschland“ abgeschlossen. Auf rund 3.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche informieren mehr als 1.000 Objekte, größtenteils aus der haus-eigenen Sammlung, über die Geschichte der Juden vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Für die leitende Kuratorin Cilly Kugelman, die bereits die letzte Dauerausstellung mit aufgebaut ist, ist die Schau nun „frischer und pointierter“.

Dabei setzt die neue Dauerausstellung mit fünf Epochenräumen vom Mittelalter bis heute und acht Themenräumen zu Kultur, Tradition und religiöser Praxis auf Interaktion statt auf chronologisches Nacherzählen. Der Besucher soll aktiv werden und sich beteiligen, wie Berg betont. Das fängt beim Wunschbaum an und zieht sich durch die ganze Ausstellung. So kann im Themenraum *Tora* der eigene Name ins Hebräische übersetzt werden, während im Themenraum *Klang* eine Koje zum Lauschen jiddischer Popmusik wie dem Swing-Song „Bei Mir Bistu Shein“ einlädt. Mit

einer Virtual-Reality-Brille kann der Besucher sich im Epochenraum „Auch Juden werden Deutsche“ ansehen, wie die Synagogen in Köln, Hannover und Plauen vor ihrer Zerstörung aussahen, oder in weiteren Räumen spielerisch herausfinden, ob er das Potenzial zum Messias hätte oder ein guter Zionist wäre.

Doch nicht nur spielerisch zieht die Ausstellung den Besucher in ihren Bann. Auch durch monumentale Installationen wie bodenlange Papierbahnen, auf denen 962 antijüdische Gesetze verewigt sind, Anselm Kiefers Rauminstallation *Schewirat ha-Kelim* zur kabbalistischen Lehre der Schöpfung oder 21 Videomonitore, auf denen Juden über ihr Jüdisch-Sein in Deutschland sprechen, werden die Sinne des Betrachters gefordert.

Wie in der Videoinstallation *Mesubin* liegt ein Schwerpunkt der Dauerausstellung auf der Geschichte nach 1945. Dabei geht es zum einen darum, wie mit dem Einschnitt des Holocaust umgegangen wurde, aber auch darum, wie jüdisches Lebens in der Bundesrepublik und der DDR neu beginnen konnte. Davon zeugen etwa im Themenraum *Familienalbum* Objekte aus den Nachlässen jüdischer Familien, etwa ein Judensterne, der zum Nähkissen umfunktioniert wurde. Das Thema Antisemitismus zieht sich durch alle Epochen und wird darüber hinaus in einem eigenen Segment behandelt: In vier Kurzfilmen werden antisemitische Fallbeispiele von Historikern und Sozialwissenschaftlern eingeordnet.

Die bisherige Schau hatte von der Eröffnung des Museums 2001 bis 2017 mehr als elf Millionen Besucher. Die neue soll noch mehr und unterschiedliche Gruppen ansprechen und laut Berg zum Nachdenken und Diskutieren anregen. Kulturstaatsministerin Monikas Grütters (CDU),

aus deren Haushalt rund 19 Millionen Euro in die Ausstellung geflossen sind, wünscht sich – vielleicht auch am Wunschbaum –, dass das Museum dabei den Blick über aktuelle Debatten und Kontroversen hinaus weitet und eine „Kraft der Verständigung“ für alle Altersklassen entwickelt. Berg, die erst seit Mai im Amt ist und entsprechend nur

die Zielgerade mitbegleitet hat, soll dabei – nach einer schwierigen Zeit der scharfen Kritik an ihrem Vorgänger Peter Schäfer und nach dessen Rücktritt – ein politisches Haus und ein „Haus der Streitkultur“ führen, dass sich nicht „politisch vereinnahmen lässt“. Auch das wünscht sich Kulturstatsministerin Grütters. ●

Nach Angriff – Gemeindepräsident warnt vor Israel-Feindlichkeit

Berlin/Graz Nach einem Angriff auf seine Person hat der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, Elie Rosen, davor gewarnt, sich beim Kampf gegen Antisemitismus zu sehr auf die rechtsextreme Szene zu konzentrieren. „Ich kann aus meinem Alltag sagen: Der Antisemitismus, mit dem wir am meisten konfrontiert sind, ist israelbezogener und an zweiter Stelle muslimischer Antisemitismus“, sagte er im Interview der „Welt“. In Graz seien diese Formen der Judenfeindlichkeit besonders relevant, betonte Rosen, der sich seit vielen Jahren für das jüdische Leben in Österreich engagiert. „Die Stadt ist für ihre radikale Islamisten- und Dschihadistenszene bekannt; es gibt da einen gewissen Nährboden.“ Von der Politik erwarte er, dass „die Resolutionen gegen die BDS-Bewegung, die Israel boykottieren will, auch umgesetzt werden“. Er hoffe, der Angriff auf die Grazer Gemeinde sei allen eine Lehre, die gezeigt habe, „wohin der israelbezogene und muslimische Antisemitismus führen kann. Nicht nur vom rechten Antisemitismus geht eine Gefahr aus.“

Rosen war am 22. August vor dem jüdischen Gemeindehaus in Graz von einem Unbekannten mit einem Holzknüppel bedroht worden, blieb jedoch unverletzt, da er in einem Auto saß. Der Angreifer glich nach Aussage Rosens jener Person, die wenige Tage zuvor im Zuge zweier Angriffe auf die Grazer Synagoge auf Überwachungskameras zu erkennen gewesen war. Dabei waren die Außenmauer mit pro-palästinensischen Parolen beschmiert und ein Fenster des Gemeindehauses beschädigt worden. Die Polizei nahm nach den Angriffen einen 31-jährigen Syrer fest und geht von einem islamistischen Motiv aus. Der

österreichische Innenminister Karl Nehammer bezeichnete den Mann als „radikal islamisierten Antisemiten, der darüber hinaus auch homophob ist“. Dem Verdächtigen werden auch Vandalenakte gegen eine Einrichtung eines schwul-lesbischen Vereins in Graz sowie eine Kirche zugeordnet.

Rosen ergänzte, man sei weiter besorgt, dass die Taten Nachahmer finden könnten. Wichtig sei, die jüdischen Gemeinden zu schützen und zu sichern. Darüber hinaus müsse man vor allem bei Erziehung und Bildung mehr tun gegen Judenhass: „Wir müssen bei den Kindern ansetzen. Wir müssen versuchen, Antisemitismus einzudämmen. Das ist etwas, was wir in Schritten erreichen können. Alles, was darüber hinausgeht, halte ich für eine Illusion.“ ●

Bundespräsident wird Schirmherr des jüdischen Festjahrs 2021

Köln Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernimmt die Schirmherrschaft über das Festjahr 2021 zu 1.700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland. Der Vorsitzende des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Abraham Lehrer, erklärte, damit setze Steinmeier „ein starkes Signal für die Verbundenheit Deutschlands mit der 1.700-jährigen deutsch-jüdischen Geschichte sowie für eine Zukunft jüdischen Lebens in unserem Land“. Ziel des Vereins ist, in dem „Festjahr #2021JLID“ jüdisches Leben heute erfahrbar zu machen und ein Zeichen gegen den erstarkenden Antisemitismus zu setzen. ●

Israel diskutiert Verschärfung des „Rückkehrgesetzes“

Jerusalem Das israelische Parlament hat über einen Vorstoß diskutiert, der die jüdische Einwanderung nach dem sogenannten „Rückkehrgesetz“ einschränken will. Nach dem Entwurf des Yamina-Abgeordneten Betzalel Smotrich sollen künftig nur noch Nachfahren von wenigstens einem jüdischen Elternteil nach Israel einwandern dürfen, berichteten örtliche Medien. Recht auf *Alijah* (Hebräisch für „Aufstieg“), wie der Akt der jüdischen Einwanderung heißt, hat nach dem 1950 eingeführten Rückkehrgesetz jeder, der seine Abstammung bis zu einem jüdischen Großelternteil zurückverfolgen kann oder Ehepartner eines zur *Alijah* Berechtigten ist. Nach hitziger Debatte im Parlament zog Smotrich seinen Entwurf vor der Abstimmung wieder zurück und hielt sich offen, ihn zu einem späteren Zeitpunkt noch mal vorzubringen.

Smotrich sieht den Vorstoß als ersten Schritt hin zu einer Einwanderungsgesetzgebung, die eine *Alijah* ausschließlich jenen vorbehält, die nach religionsrechtlicher Definition Juden sind, das heißt, von einer jüdischen Mutter geboren wurden oder religionsrechtskonform zum Judentum übergetreten sind. Israel drohten Assimilationsraten wie in den USA und Europa, warnte Smotrich unter Verweis auf bereits jetzt Hunderttausende nichtjüdische israelische Staatsbürger, die weder die Intention zur Konversion noch eine Verbindung zum jüdischen Volk hätten.

Oppositionsführer Jai Lapid warf Smotrich Ignoranz und Rassismus vor. „Sie wissen nichts über das jüdische Leben und die Frage, wie das jüdische Volk geschützt werden kann.“ Nachfahren von Juden aus der früheren Sowjetunion dienten im israelischen Militär und leisten damit einen viel größeren Beitrag für das Land als „alle extremistischen Rabbiner“ gemeinsam.

Auch die Regierungskoalition, die vor allem Einwanderer der ehemaligen Sowjetunion vertretende Partei „Unser Haus Israel“ sowie weitere Parteien lehnten die Verschärfung ab. Jeder, der unter den Nazis jüdisch genug gewesen sei, um in

Konzentrationslager geschickt zu werden, müsse jüdisch genug sein, um nach Israel einwandern zu dürfen, sagte Joel Razbozow von der Zentrums- partei „Jesch Atid“ laut Berichten örtlicher Medien.

Zuletzt hatte sich das Innenministerium in einem anhängigen Verfahren um die Einwanderung zweier Konvertiten zum Judentum für eine verschärfte Auslegung des Einwanderungsgesetzes ausgesprochen. Nicht *Alijah*-berechtigt sollen nach Willen des Ministeriums Personen sein, die in Gruppenkonversionen in sogenannten „aufstrebenden“ jüdischen Gemeinden zum Judentum übergetreten sind. Dabei handelt es sich unter anderem um Gruppen, die sich als Nachkommen der sogenannten „verlorenen Stämme Israels“ bezeichnen. Zu ihnen zählen auch Nachfahren spanischer und portugiesischer Juden, die während der Inquisition zum Übertritt zum Christentum gezwungen wurden, aber auch neu entstandene Gemeinden in Lateinamerika. ●

Fünf Rabbiner und ein Kantor werden in ihre Ämter eingeführt

Berlin/Potsdam Im September werden in Berlin fünf Rabbiner und ein Kantor in ihr geistliches Amt eingeführt. Die Frauen und Männer sind Absolventen des Abraham Geiger Kollegs, dem ersten Rabbinerseminar in Deutschland nach dem Holocaust. Es handele sich um die zehnte Ordinationsfeier des Kollegs, wie die Ausbildungsstätte in Potsdam mitteilte. Die Absolventen stammen den Angaben zufolge aus Norwegen, den USA, Deutschland, Ungarn, Tschechien und Israel. Sie schlossen am Abraham Geiger Kolleg die praktische Ausbildung ab und erwarben an der School of Jewish Theology an der Universität Potsdam ihre akademischen Abschlüsse. Ihren Dienst werden sie künftig in jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein, Göttingen und Hannover, in Budapest, Tschechien sowie in Stockholm versehen, wie es hieß. ●

Noch keine Geschwisterlichkeit

Experte Troll über den Dialog zwischen Christentum und Islam

Von Christoph Schmidt

Der Jesuit und Islamwissenschaftler Christian Troll gehört zu den renommiertesten Experten im katholisch-islamischen Dialog. Er hat unter anderem in Neu Delhi, Birmingham und Sankt Georgen/Frankfurt gelehrt. Von 1993 bis 2005 war er Mitglied der Subkommission für Religiöse Beziehungen der Katholischen Kirche mit den Muslimen, die Teil des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog ist. Seit Sommer 1999 ist er Mitglied der Unterkommission der Deutschen Bischofskonferenz für den Interreligiösen Dialog. Für seine Verdienste hat der 82-Jährige nun das Bundesverdienstkreuz erhalten. Im KNA-Interview spricht er über die aktuelle Situation und seine Hoffnung auf islamische Reformen.

KNA *Herr Professor Troll, im Juli hat die türkische Regierung die symbolträchtige Hagia Sophia wieder in eine Moschee umgewandelt. Im August folgte eine weitere, früher byzantinische Kirche in Istanbul. Stößt der christlich-islamische Dialog immer wieder an seine Grenzen?*

Troll Das Bild des türkischen Religionsministers, der in der *Hagia Sophia* mit einem Krummsäbel in der Hand die Größe des Islams preist, empfand ich schon als Rückschlag. Allerdings spiegelt es in erster Linie die nationalistische Politik von Präsident Erdogan wider und weniger das Denken und Fühlen der Mehrheit der heutigen Muslime. Kritik an Erdogans pseudo-osmanischem Triumphgehebe kam ja nicht nur aus dem Westen, sondern auch aus der islamischen Welt. Langfristig gewichtiger sind hoffentlich Entwicklungen wie die historische Begegnung von Papst Franziskus und dem Rektor der Kairoer Al-Azhar-Universität, Scheich al-Tayyeb, in Abu Dhabi.

KNA *Wo beide im Februar 2019 das „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen“ unterzeichneten. Ein spektakuläres Ereignis, das global stark beachtet wurde. Aber was bewirkt es praktisch?*

Troll Diese Erklärung war das Ergebnis jahrzehntelanger Gespräche zwischen Christen und Muslimen und hat wirklich eine neue Seite aufgeschlagen. Eine interreligiöse Kommission arbeitet derzeit dafür, die Botschaft des Dokuments in christlichen und islamischen Schulen, Universitäten und Medien weiter zu verbreiten. Das ist ein Beispiel, dass ein stetiger institutionalisierter Dialog zwischen Kirche und Muslimen wirklich etwas erreichen kann. Aber Franziskus ist nicht naiv. Auch ihm ist klar, dass echte Geschwisterlichkeit zwischen beiden Religionen noch lange nicht verwirklicht ist.

KNA *Verstehen Muslime und Christen unter dem Begriff „Dialog“ denn dasselbe?*

Troll Da sind die Voraussetzungen und Erwartungen teilweise sehr verschieden. Die katholische Kirche ist eine feste Organisation, die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) wissenschaftliche Strukturen für das Gespräch mit dem Islam aufgebaut hat. Hier besteht der Wunsch, mit den Muslimen auch theologisch zu diskutieren, den Islam aus sich heraus zu verstehen, sich miteinander theologisch auszutauschen und gemeinsame Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln zu finden.

KNA *Und auf islamischer Seite?*

Troll Der Islam ist sehr heterogen, auch was die Offenheit für interreligiösen Austausch angeht. Dialog wird hier von engagierten Einzelpersonen und der einen oder anderen Gruppe oder Organisation getragen, die aber bei weitem nicht für alle sprechen. Die Kirche sehen sie vor allem als

Partner gegen den religiösen Extremismus in den eigenen Reihen und gegen Islamfeindlichkeit von außen. Sie interessieren sich aber selten für das Christentum an sich. Ihr Wissen über den christlichen Glauben beschränkt sich häufig auf die Vorstellung, die Christen beteten mit Jesus einen Menschen neben Gott an – für Muslime inakzeptabel. Das bedeutet aber nicht, dass theologische Gemeinsamkeiten in den Gesprächen grundsätzlich keine Rolle spielen.

KNA *Nämlich?*

Troll Beide Religionen beten zu Gott, dem Schöpfer und Richter der Welt, der das Heil aller Menschen will. Schon mittelalterliche islamische Theologen wie al-Ghazali (gest. 1111, *Anm. d. Red.*) entwickelten daraus den Gedanken, dass auch Nichtmuslime ins Paradies gelangen können, wenn sie ihr Leben auf diesen einen Gott ausrichten – sogar unabhängig davon, ob sie Mohammed als seinen Propheten anerkennen oder nicht. Es gibt in der islamischen Tradition durchaus Ansätze, die den theologischen Dialog mit Christen und auch Juden befruchten und rechtfertigen können.

KNA *Trotzdem vertritt die Mehrheit der Gelehrten im 21. Jahrhundert immer noch einen engen Scharia-Islam; radikale Prediger teilen die Welt weiter in Gläubige und Ungläubige, mit denen es keine Geschwisterlichkeit geben kann. Sehen Sie da Chancen für eine breite Reformbewegung?*

Troll Der traditionelle Islam steckt mitten in der vielleicht größten Umbruchphase seiner Geschichte. Er muss sich der modernen Welt öffnen, wie es die Kirchen auch tun mussten und weiterhin müssen. Das ist ein schmerzhafter Prozess voller Widerstände und Abschottungsreflexe, immer in enger Wechselwirkung mit den politischen, sozialen, ökonomischen Verhältnissen in den islamischen Ländern. Aber es gibt unter Theologen und Intellektuellen etliche, die den Koran neu interpretieren wollen. Sie fordern die Trennung von Religion und Staat und suchen nach Wegen, um ihre Religion mit Menschenrechten, Pluralismus und religiöser Toleranz zu

vereinbaren. Solche Denker gibt es nicht nur in der sogenannten westlichen Welt, sondern auch in Marokko, Tunesien, Jordanien, Indonesien, in der Türkei werden sie nach Erdogan vielleicht auch wieder stärker. Leider tut sich die Azhar-Universität in Kairo als ganze bisher nicht gerade als Motor der Erneuerung hervor. Freilich gibt es auch in unseren Tagen die Option für politische Machtausübung im Namen des Islam.

KNA *Welche Rolle spielen dabei Islamisch-Theologische Seminare an westlichen Universitäten?*

Troll Es braucht eine möglichst freiheitlich-demokratische Umgebung, damit sich Reformansätze ohne Gedankenverbote entfalten können. Deshalb sind die westlichen Länder so ein wichtiger Raum für progressive islamische Gelehrte. Überhaupt ist das Vorbild – und der Druck –, den die rechtsstaatlich verfassten Gesellschaften ausüben, ein wichtiger Faktor für Veränderungen in der islamischen Welt.

KNA *Blicken wir noch nach Deutschland. Hier ist das Selbstverständnis der Muslime entscheidend für Erfolg oder Misserfolg von Integration.*

Troll Auf der einen Seite sehen wir hier die konservativen Kräfte, insbesondere die Islamverbände, die sehr energisch auftreten und sich zuweilen im Spektrum des politischen Islam bewegen, aber nur einen kleinen Teil der hiesigen Muslime vertreten. Sie fördern die Integration nicht, sondern eher die Verfestigung einer möglichst Scharia-getreuen Religionsausübung.

Auf der anderen Seite gibt es die große Mehrheit von Muslimen, die entweder den Glauben im Privaten mehr oder weniger intensiv leben oder aber wie große Teile der deutschen Gesellschaft sich bereits ganz von ihrer Religion entfernt haben. Der Staat sollte nicht in die Falle der Verbände tappen, indem er sich ihrem Alleinvertretungsanspruch beugt. Gleichzeitig muss er aber Freiräume schützen, in denen säkulare Muslime ihre Sicht des Islam auch entwickeln und praktizieren können. ●

Bibelstreit zwischen Christen und Muslimen in Malaysia

Kuala Lumpur Im mehrheitlich islamischen Malaysia ist zwischen Christen und Muslimen ein Streit über die Bibel entbrannt. Der Abgeordnete Nik Muhammad Zawawi Salleh von der islamischen Regierungspartei PAS wies die Forderung von Erzbischof Simon Poh nach einer Entschuldigung für seine Aussage zurück, die Bibel sei „gefälscht“. Das berichtet das unabhängige Onlineportal Malaysiakini. Die PAS ist Juniorpartner in der Koalition von Premierminister Muhyiddin Yassin. Der Streit geht auf eine Parlamentsdebatte über strengere Strafen für Fahren unter Alkoholeinfluss zurück. In einem Redebeitrag hatte Salleh

betont, Alkohol sei in allen Religionen verboten; im Christentum sei dies jedoch durch Fälschungen und Änderungen aus der Bibel entfernt worden.

Der katholische Erzbischof Poh, der auch Vorsitzender der „Vereinigung der Kirchen in Sarawak“ (ACS) ist, verurteilte die Behauptung als „Beleidigung“ und Missachtung der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit und verlangte eine Entschuldigung. Salleh, der an der jordanischen Al Al-Bayt Universität sowie in Malaysia Philosophie und Vergleichende Religionswissenschaft studiert hat, wies das Ansinnen zurück. ●

Archimandrit **Victor Raissi**, führende Gestalt des orthodoxen Mönchtums in Westeuropa, ist tot. Er starb an seinem 81. Geburtstag am 17. August in dem von ihm gegründeten Kloster in La Faurie in den französischen Alpen. Der frühere Philosophieprofessor begann nach einem Aufenthalt in Palästina das Leben und die Spiritualität der frühchristlichen Wüstenväter sowie des Athos-Mönchtums in die westliche Welt zu tragen. Aus der französischen „Stahlstadt“ UGINE übernahm Raissi auch das geistige Erbe des exilrussischen Arbeiterpriesters Alexis Medvedov (1867-1934).

In Bulgarien ist der orthodoxe Metropolit **Amvrosij Paraškevov** am 18. August von Dorostol an den Folgen einer *Covid-19*-Erkrankung verstorben. Er wurde 1942 als Aleksandar Paraškevov geboren und studierte Chemieingenieurwesen. Erst 1983 nach der Scheidung von seiner Frau entschied er sich, Mönch zu werden und Theologie zu studieren. Amvrosijs Bischofsweihe erfolgte während der vorübergehenden bulgarisch-orthodoxen Kirchenspaltung in den 1990er Jahren und wurde später vom Synod anerkannt. 2010 wurde er zum Metropoliten von Dorostol gewählt.

Patriarch **Irinej**, seit 2010 Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche, ist am 28. August 90 Jahre alt geworden. Im innerkirchlichen Ringen um den künftigen Kurs der serbischen Orthodoxie ist Irinej

nicht unumstritten; 2015 überstand er einen erbitterten Machtkampf. Im Sommer 2019 musste der Patriarch wegen hohen Fiebers und allgemeiner Schwäche im Krankenhaus behandelt werden. Eine wichtige innerkirchliche Streitfrage der serbischen Orthodoxie ist die Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft in der heiklen Kosovo-Frage.

Der wegen Volksverhetzung angeklagte Bremer Pastor **Olaf Latzel** nimmt seinen Dienst in der Innenstadtgemeinde Sankt Martini wieder auf. Er habe sich in einer Vereinbarung gegenüber dem Kirchenausschuss „zu einer Mäßigung im Rahmen seines Verkündigungsauftrags verpflichtet“, teilte die Bremische Evangelische Kirche mit. Das bereits im Mai eröffnete kirchliche Disziplinarverfahren bleibe von der Vereinbarung unberührt und solange ausgesetzt, bis das Strafverfahren gegen ihn abgeschlossen sei. Wegen beleidigender Äußerungen gegenüber Homosexuellen hatte die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Latzel erhoben.

Maram Stern, Geschäftsführer des Jüdischen Weltkongresses (WJC), ist am 29. August 65 Jahre alt geworden. Der gebürtige Berliner, dessen Eltern den Holocaust überlebten, ist der ranghöchste Deutsche in dem internationalen jüdischen Dachverband. Seit Jahrzehnten lebt und arbeitet er in Brüssel und warnt Stern vor einem Exodus der Juden aus Europa. ●

„... wie ein Fluss“

Die Ökumenekonzeption der Evangelischen Kirche im Rheinland

In KNA-ÖKI Nr. 4 vom 21. Januar 2020 ist durch ein Missverständnis nicht die von der Landessynode beschlossene Endfassung der Ökumenekonzeption dokumentiert worden, sondern die Beschlussvorlage, die noch verändert wurde. Deshalb wird an dieser Stelle die korrekte Version nachgetragen. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Vorwort

Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) ist nach dem Strom benannt, der ihr Gebiet von Süden nach Norden durchfließt. Der Rhein spiegelt in vieler Hinsicht die Geschichte und das Leben dieser Kirche: Quelle und Mündung des Rheins liegen außerhalb der EKiR, so wie Quelle und Ziel der Kirche außerhalb ihrer selbst liegen. Wie der Rhein zahlreiche Zuflüsse hat, so wird das Leben im Bereich der EKiR von zahlreichen Einflüssen und Traditionen bestimmt: von den lutherischen und reformierten Eingewanderten und Gemeinden früherer Tage, von den römisch-katholischen Geschwistern, von einer langen Tradition jüdischer Gemeinden[1] bis zu den Immigrantinnen und Immigranten verschiedenen Glaubens heutzutage.

An den Ufern des Rheins haben immer Menschen unterschiedlicher Prägung gelebt. Bis heute ist die Vielfalt der rheinischen Gemeinden groß. Der Rhein war und ist Transportweg und Verbindung, aber auch Grenze[2]. So wurden und werden in der EKiR verschiedene theologische Gedanken und Frömmigkeitsformen bedacht und bewegt, wurde immer wieder um eine gemeinsame Identität gerungen. Wie sich die Landschaften entlang des Rheins abwechseln, so findet sich auch die EKiR in einer Vielfalt von Kirchen, Glaubensüberzeugungen und Religionen vor, im Rheinland und weltweit.

Mit „Ökumene“ verbinden die meisten zunächst das Miteinander von römisch-katholischer und evangelischer Kirche, dann auch mit den anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften[3]. „Ökumene“ bedeutet aber ursprünglich „die bewohnte Erde“ und verweist damit auf das Zusammenleben mit allen Menschen anderen und keines Glaubens, auf die Gemeinschaft mit allem Lebendigen, mit der ganzen Schöpfung Gottes. Die Evangelische Kirche im Rheinland „tritt [deshalb] ein für... Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.“[4] Das Thema der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2021 in Karlsruhe „Die Liebe Christi bewegt, eint und versöhnt die Welt“ betont die Bedeutung der Versöhnung für diese Ziele.

Der vorliegende Text ist eine Konzeption im Sinne der Definition des Duden, eine „...einem Programm, [...] Werk zugrunde liegende Anschauung, Leitidee, geistiger Entwurf“[5]. Sie ist „im Fluss“[6]: Sie steht nicht allein, sondern im Zusammenhang z.B. mit dem Werkbuch „Ökumene vor Ort und weltweit“, dem Prozess der Interkulturellen Öffnung, den Positionspapieren zu den anderen abrahamitischen Religionen und dem Friedenswort der Landessynode 2018. Sie will zum Nachdenken, Diskutieren und Weiterdenken einladen, damit die Ökumene in der EKiR eine gute Richtung behält und nicht zum Stillstand kommt. Sie soll tiefgründig sein wie ein Fluss, damit sich ihre Leserinnen und Leser in ihr bewegen können. Sie soll klar sein wie frisches Wasser, so dass der Text auch denen verständlich ist, die nicht Theologie studiert haben. Hinweise auf Dokumente oder zur Fachdiskussion werden in den Endnoten geboten. Sie will ihre Leserinnen und Leser wie ein Fluss mit auf die Reise nehmen und ist so angelegt, dass jede und jeder ihre und seine Gedanken an verschiedenen Stellen einbringen kann und in Bewegung versetzt wird.

1. Zu den Quellen – Theologische Grundlegung

1.1. „Alle meine Quellen sind in dir“ (Psalm 87,7b) – Biblisches Zeugnis

Die Bibel bezeugt den Glauben an Gottes Heilswillen für die „Ökumene“ als ganzen Erdkreis. Sie beginnt mit Gottes großem Werk der Schöpfung und endet im letzten Buch mit der Vision eines neuen Himmels und einer neuen Erde. In der Erwählung Israels und in Jesus Christus vollzieht sich nach christlichem Glauben Gottes Sendung zur Welt. Darüber hinaus vollzieht sie sich dort, wo Gottes Geistkraft weht und wirkt (Johannes 3,8)[7]. Mit den Kirchen der weltweiten Christenheit gehört die Evangelische Kirche im Rheinland zur ökumenischen „Gemeinschaft von Kirchen, die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.“ (Basisformel des Ökumenischen Rates der Kirchen)[8]

Gott wendet sich der ganzen Welt zu.[9] Wir glauben: Kirche ist in Gottes Sendung zur Welt hineingenommen. Ökumene als weltweite Dimension und Mission gehören eng zusammen[10]. Die Bitte Jesu „Vater, ich bitte dich, dass sie eins sein sollen, damit die Welt glaube“ (Johannes 17,21)[11] weist über die eigene Kirche hinaus auf alle Glaubenden und die ganze Welt. Die Heilige Geistkraft setzt der Einheit weder nach innen noch nach außen Grenzen. Im Brief an die Gemeinde in Ephesus wird beschrieben, wie die Einheit der Kirche in Jesus Christus gegeben und zugleich ihr Auftrag ist: „Seid darauf bedacht, zu wahren die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens: ein Leib und ein Geist, wie ihr auch berufen seid zu einer Hoffnung eurer Berufung; ein Herr, ein Glaube, eine Taufe; ein Gott und Vater aller, der da ist über allen und durch alle und in allen.“ (Epheser 4,3-6)

Ihrem Auftrag gemäß wendet sich die EKiR „an alles Volk“[12], „zu verkündigen das Evangelium den Armen, den Gefangenen zu predigen, dass sie frei sein sollen, den Blinden, dass sie sehen sollen und den Zerschlagenen, dass sie frei und ledig sein

sollen“ (Lukas 4,18; Jesaja 61,6). Mit ihrem Zeugnis[13] und ihrem Handeln bezieht sie sich auf die gesamte bewohnte Erde.

1.2. „Am Ufer des Flusses entlang“ (Hesekiel 47,6) – Kirchliche Bekenntnisse

Die EKiR folgt in ihrem Ökumeneverständnis dem Konzept von Einheit, das der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) auf seiner Vollversammlung 2013 in Busan (Südkorea) formuliert hat: „Die Einheit der Kirche, die Einheit der menschlichen Gemeinschaft und die Einheit der ganzen Schöpfung sind miteinander verwoben.“[14] Die Einheit der Kirche, der menschlichen Gemeinschaft und der Schöpfung bilden Vision und Ziel der ökumenischen Arbeit der EKiR. Diese Einheit wird im Folgenden mit den altkirchlichen und reformatorischen Bekenntnissen, auf deren Grundlage sich die Evangelische Kirche im Rheinland versteht[15], entfaltet. Das Apostolische und das ökumenische Glaubensbekenntnis von Nizäa-Konstantinopel (381) sind als Bekenntnisse in Gottesdiensten und bei Taufen in der Evangelischen Kirche im Rheinland in Gebrauch[16].

1.3. Zur Einheit der Kirche

Aus den altkirchlichen Glaubensbekenntnissen werden traditionell Erkennungsmerkmale der Kirche (*notae ecclesiae*) abgeleitet: Sie wird als die „eine, heilige, katholische und apostolische“ Kirche bezeichnet. In Geschichte und Gegenwart der christlichen Kirchen dienen und dienen diese Erkennungsmerkmale auch der Ausgrenzung. Im Folgenden werden sie im Unterschied dazu als Wegzeichen und Aufgabe zum Überschreiten von Grenzen entworfen.[17]

Die Evangelische Kirche im Rheinland genügt sich nicht selbst, sondern ist nur in Ergänzung und in der Gemeinschaft mit anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften Kirche Jesu Christi. Sie ist Teil der *einen* Kirche. Sie versteht den Reichtum der Gaben der anderen Konfessionen als Vielfalt der *einen* Kirche[18]. Diese Vielfalt erlebt sie beispielhaft in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK).

Die EKiR sieht ihren Auftrag nicht im Konsens über eine vermeintliche Wahrheit, sondern darin, den Vollzug menschlicher Freiheit im Angesicht Gottes zu verantworten. Ihre ökumenische Arbeit zielt auf eine Würdigung der Vielfalt menschlicher Erfahrung in Geschwisterlichkeit[19] und auf Leben im Einklang mit der Schöpfung.

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist *heilig* als Gemeinschaft der Heiligen. Heilig bedeutet nicht, fehlerfrei oder fertig zu sein. Heilig bedeutet: zu Gott gehörend. Die „Gemeinschaft der Heiligen“[20] ist eine sich lebendig entwickelnde Gemeinschaft, die sich nach Gottes Wort formt. Die EKiR fragt nach Gottes Schöpfung und ihrem Ziel. Die Sendung Gottes zur Welt verheißt die Heilung, Befreiung, Erlösung und Vollendung der Menschheit und des ganzen Universums. Die EKiR ist sich des Unterschieds zwischen der unsichtbaren, geglaubten und der sichtbaren, menschlich-geschichtlichen Kirche bewusst. Sie sieht ihren Auftrag darin, die Geschichte der Menschheit und die Lebensfragen jeder und jedes Einzelnen in den Zusammenhang der Gnade und Gerechtigkeit Gottes von der Erschaffung bis zur Vollendung der Welt zu stellen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist Teil der allumfassenden, universalen Kirche, d.h. im ursprünglichen Sinne des Wortes Teil einer *katholischen* Kirche[21]. Ihre Gemeinden, Werke und Einrichtungen sind nur ein kleiner Ausschnitt der weltweiten, vielgestaltigen Kirche. Dieses Selbstverständnis stärkt ihre Gemeinschaft nach innen und öffnet sie zugleich: Die Katholizität ermöglicht Beziehung, Dialog und Solidarität mit Menschen anderer Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen[22]. Sie verpflichtet die Kirche dazu, sich von den Geringsten (Matthäus 25,40) hinterfragen und ausrichten zu lassen. Die EKiR sieht ihren Auftrag darin, im Horizont der weltumspannenden Kirche Trennungen und Abgrenzungen zu überwinden und der Option für die Armen[23] zu folgen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist *apostolische*[24] Kirche. Sie ist durch die Heilige Schrift

verbunden mit den ersten Gemeinden. Sie hört auf Gottes Wort, fragt nach Gottes Willen, ringt um Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Ihr Leben bezieht sich auf die Erzählung von Gottes Beziehung zum Volk Israel und zu Jesus Christus: Sie bezeugt ihn als Vorbild für vor Gott mögliches wahres Menschsein. Durch ihn werden wir frei, in ihm erleben wir, dass uns auch unser – individuelles, gesellschaftliches, institutionelles – Scheitern nicht von Gott trennen kann. Die EKiR sieht ihre Sendung darin, in der Orientierung an Jesus Christus Freiheit zu ermöglichen und tatkräftiges Zeugnis von Gottes Heil(ung)swillen abzulegen.

1.4 „Einheit der menschlichen Gemeinschaft“[25]

Die „Einheit der Menschheit“ umfasst alle Menschen. Sie schließt Vielfalt und Verschiedenheit ein und bedeutet nicht Vereinheitlichung. Sie ermöglicht das Zusammen-Sein unterschiedlicher Lebensweisen, Kulturen, Sprachen, Religionen und Weltanschauungen. Einheit ermöglicht es, Unterschiede kreativ und friedlich statt konfrontativ und gewaltsam anzunehmen und zu leben.[26] Einen Zugang dazu bietet der Prozess der interkulturellen Öffnung in der EKiR.[27]

Die Bibel beschreibt, wie der Mensch nach Gottes Bild[28] geschaffen wird und so eine unantastbare Würde und besondere Verantwortung erhält.[29] Der Mensch wird auf Gott und auf einen anderen Menschen bezogen in geschlechtlicher Diversität erschaffen. In der Gemeinschaft der Geschöpfe Gottes und ihrer Würde können Menschen einander annehmen. Aus der geschaffenen Beziehung zu anderen Menschen soll nach dem Willen Gottes Nächstenliebe als aufsuchende Nähe[30] und aktives Handeln füreinander erwachsen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland bejaht vor diesem Hintergrund die uneingeschränkte Gültigkeit der Allgemeinen Menschenrechte.[31] Für die EKiR sind Menschenrechte unteilbar. Die EKiR tritt gemeinsam mit ökumenischen Verbündeten für ihre Durchsetzung ein. Angesichts neuer Formen von Populismus, Nationalismus und Autori-

tarismus werden weltweit Menschenrechte massiv eingeschränkt und die, die sich für sie einsetzen, bedroht, kriminalisiert und verfolgt. Die EKIR handelt in der Überzeugung, dass die eine Menschheit in globaler Zusammenarbeit vor eine gemeinsame Aufgabe gestellt ist: Gerechtigkeit zu üben, Frieden zu leben und die Schöpfung zu bewahren. Die Evangelische Kirche im Rheinland hat beschlossen, Kirche des gerechten Friedens werden zu wollen. Sie stellt sich in diesem Rahmen den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (SDGs).[32]

Eine Bewegung zur Einheit in unterschiedlicher Verbundenheit erfordert eine bestimmte Haltung und Qualität des Dialogs: „Wir sind dazu geboren, uns im Gespräch einander mitzuteilen.“[33]

1.4.1. Verbundenheit mit dem Judentum

Kein Fluss verfügt über seine Quelle[34]. Die Grundlage der Evangelischen Kirche im Rheinland liegt in Gottes Wort, in seinem Bund mit dem Volk Israel. Mit dem Volk Israel weiß sich die rheinische Kirche eng verbunden: Sie glaubt, dass sie durch den Juden Jesus hineingenommen ist in den Bund Gottes mit Israel. Sie bekennt Gottes bleibende Treue zu Israel. Sie hat der Judenmission eine klare Absage erteilt.[35] Sie hört Gottes Wort im Zeugnis der hebräischen Bibel[36]. Sie sieht sich mit Israel in der Hoffnung verbunden, dass Gott einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen wird.[37] Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht ihren Auftrag darin, gemeinsam mit dem Judentum gemäß dem biblischen Zeugnis für den Frieden einzutreten. Sie verpflichtet sich, zur Bekämpfung des Antisemitismus beizutragen. Die fortdauernde Erneuerung des christlich-jüdischen Verhältnisses gehört weiterhin zu den grundlegenden Aufgaben der rheinischen Kirche (Kirchenordnung, Art. I und 1,5)[38].

1.4.2. Verbundenheit mit dem Islam

Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht im jeweils eigenen Bezug von Christentum und Islam auf die biblischen Traditionen, in der islamischen Wertschätzung von Jesus als besonderem Prophe-

ten und im Leben vor Gottes Gerechtigkeit und Barmherzigkeit eine Beziehung zwischen beiden Religionen begründet. Sie nimmt den Glauben der Musliminnen und Muslime „als Bindung an den einen Gott“ wahr[39]. Hier ergeben sich Ansatzpunkte für das theologische Gespräch, in dem Gemeinsamkeiten und Differenzen zur Sprache kommen. Die Evangelische Kirche im Rheinland hält den Dialog für einen kirchlichen Auftrag und ermutigt alle, diesen weiter zu entwickeln[40]. Im Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens stärkt die Kirche ihr eigenes Zeugnis und öffnet sich im Dialog dem und der anderen. Die Zusammenarbeit zielt auf wechselseitige Wertschätzung und die Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung in und für die Welt.

1.4.3. Verbundenheit mit Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen

Die Einheit der Kirche ist kein Selbstzweck, sondern ist mit der Einheit der Menschheit (1.4.) und der Einheit der Schöpfung (1.5.) verbunden[41]. In Anlehnung an die Erkennungsmerkmale der Kirche[42] sieht die Evangelische Kirche im Rheinland *Annahme* und *Gastfreundschaft* als Erkennungszeichen der menschlichen Gemeinschaft an.

Die Bibel stellt Gastfreundschaft als besonders wertvolle Äußerung menschlicher Gemeinschaft dar. Gastfreundschaft ermöglicht auch das nicht immer spannungsfreie Kennenlernen des oder der Fremden. In einem weiten Bogen von Abrahams und Sarahs Gastfreundschaft in Mamre (1. Mose 18) bis zur Tischgemeinschaft der christlichen Gemeinde (1. Korinther 11) wird gegenseitige Annahme deutlich. Die Tischgemeinschaft Jesu reicht von der vorösterlichen Gemeinschaft mit sehr unterschiedlichen Menschen bis zu den Generationen, die noch nicht geboren sind.

1.4.4 Auf dem Weg zur Einheit der Menschheit

In der von Jesus gestifteten Gastfreundschaft des Abendmahls zeigen sich zugleich eine bestehende und eine ausstehende (eschatologische) Wirklichkeit. Die schon bestehende Gemeinschaft der Ge-

taufen im Abendmahl bleibt hinter der uns verheißenen, zukünftigen zurück.

Die Gemeinschaft im Abendmahl kann unsere Haltung zu allen Menschen, unabhängig von ihrer Religion und Weltanschauung prägen. Jesus Christus steht als Bild des neuen Menschen[43] vor Augen, der Annahme und Gastfreundschaft ohne Einschränkung lebt.

Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht ihren Auftrag darin, eine Gastfreundschaft zu leben, die weit über die vorhandene Gemeinschaft aller Getauften am Tisch des Herrn hinausreicht.

1.5. Einheit der Schöpfung

Gott ist nach unserem Glauben Schöpfungskraft, in der die Welt ihren Ursprung hat (1. Mose 1). Gott ist Versöhnungskraft in Jesus Christus, der in die Welt gesandt ist. Gott ist Geistkraft, die in den Geschöpfen wohnt, sie belebt, im Dasein hält und in den Horizont des Reiches Gottes führt. Die jüdische Tradition hat die Vorstellung von der „*Schechina*“, der Einwohnung Gottes in der Welt, entwickelt [44].

Als Christinnen und Christen bekennen wir: Gott nimmt Wohnung mitten in der Welt und schenkt ihr Leben und Vielfalt (Johannes 1,14.4; 14,2). Gott ist von der Schöpfung zu unterscheiden, aber in ihr gegenwärtig. Erst durch Gottes Wohnungsnahme wird der Kosmos zu Gottes Schöpfung. In der Gemeinschaft mit Gott dienen Vielfalt und Verschiedenheit der Schöpfung dem Leben. Die Sündhaftigkeit des Menschen führt dazu, Konkurrenz und Spannungen in der Schöpfung zum eigenen Vorteil auszunutzen und zu missbrauchen.[45] Damit verleugnet der Mensch die Gegenwart Gottes und verwirkt sein „Hausrecht“.[46]

Der Gedanke der „Einwohnung“ Gottes in der Schöpfung kann Ausgangspunkt für eine neue „ökologische“[47] Schöpfungslehre und z.B. ein Verständnis von Schöpfung als Gottes Haus ermöglichen.

Auf Einheit zu zielen heißt daher auch, in einer Wohn- und Lebens-Gemeinschaft mit der nicht-

menschlichen Umwelt zu leben. Einheit braucht geschwisterliche Solidarität, achtsames Leben und mehr Wissen um Abhängigkeit von der Erde und der Mitwelt. Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht ihren Auftrag darin, „Verantwortung [dafür] wahrzunehmen und damit Anwaltschaft zu übernehmen“[48].

Die Schöpfung entwickelt sich weiter[49], sie hat Prozesscharakter. Sie ist nicht fertig, sie sehnt sich nach Befreiung und erwartet, dass sie von Gott vollendet wird. Gottes Heilsgeschichte ist verwoben mit der Geschichte jener Natur, die noch im Werden, aber von Gott geschaffen und getragen ist und wird.[50] Wir warten auf den neuen Himmel und die neue Erde. Sie werden durch Gott bewirkt und uns als Ziel gesetzt. Da wir Teil der Schöpfung sind, können wir als Menschen die neue Schöpfung nicht herbeiführen. Gottes Ankündigung eines neuen Himmels und einer neuer Erde setzt unserem Tun einen Horizont, der gleichzeitig Raum eröffnet und Grenzen setzt[51]. Dieser Horizont ist unsere Orientierung.

2. Flusslandschaft – die Dimensionen Gemeinschaft, Gottesdienst, Zeugnis und Dienst (Koinonia, Liturgia, Martyria und Diakonia)

Ökumene ist keine Zusatzaufgabe der Evangelischen Kirche im Rheinland neben anderen, sondern durchdringt und fördert alle Arbeitsbereiche[52]. Sie fordert sie zugleich heraus. Ökumene wird in den klassischen Dimensionen von Kirche erfahrbar: Gemeinschaft, Gottesdienst, Zeugnis und Dienst. Sie stehen nicht für sich allein, sondern sind miteinander vernetzt und befruchten einander.

2.1. Gemeinschaft (Koinonia)

Ökumene hat eine gemeinschaftsstiftende Dimension in der Begegnung mit anderen Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen[53]. Die Gemeinschaft mit Gott und den Menschen zu leben und zu fördern, ist der Grundauftrag der Kirche Jesu Christi. Gemeinschaft geschieht im christ-

lichen Miteinander in der Evangelischen Kirche im Rheinland, ebenso mit Christinnen und Christen anderer Traditionen[54]. Die Gemeinschaft findet keine Grenze an den Grenzen der eigenen Kirche. In der Geschwisterlichkeit mit dem Judentum verwirklicht sich in besonderer Weise Gemeinschaft. Gemeinschaft geschieht im Dialog mit Musliminnen und Muslimen und führt in die Begegnung mit Menschen anderen und keines Glaubens. Dazu bedarf es der theologischen Reflexion, der konkreten Begegnung, dem Aushalten von Unterschieden und der Überwindung von Gegensätzen.

Die Fremdheit anderer Traditionen fordert die eigene Glaubenstradition heraus. Das kann zu Rückzug und Selbstgenügsamkeit führen oder zu Unklarheit, welche Gedanken und Handlungen theologisch verantwortet werden können. Die Gemeinschaft in Verschiedenheit birgt aber auch die Verheißung neuer, ungewohnter und spannender Erkenntnisse, die den eigenen Glauben bereichern und lebendig erhalten. Zunehmend wird bewusst, dass auch menschliche Gemeinschaft nur ein Teil einer größeren Gemeinschaft mit der Schöpfung ist [55].

2.2. Gottesdienst (Leiturgia)

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat lebendige lutherische, reformierte und unierte Traditionen in Gottesdienst, Bibelauslegung, Kirchenmusik und Verkündigung. Geprägt von der Erfahrung, als rheinische Kirche Kirche einer religiösen Minderheit zu sein, bleibt sie ökumenischen Einflüssen gegenüber weit offen. In Gottesdiensten feiert sie nicht nur ihre eigene liturgische Tradition und nimmt liturgische Anregungen anderer Kirchen auf[56]. Das Geben und Nehmen gottesdienstlicher Prägungen ist eine wichtige ökumenische Bereicherung aller Kirchen. Auch auf diese Weise ist die Evangelische Kirche im Rheinland eingebunden in die weltweite Ökumene.[57] Liturgie entsteht aus dem Anspruch Gottes, dass die Gemeinde das biblische Wort bezeugt. Sie ist dem Tun des Gerechten verpflichtet. Mit beidem lobt sie Gott (vgl. Römer 12,1).

Die Evangelische Kirche im Rheinland weiß sich verbunden mit der Gebetstradition Israels und lernt

von der jüdischen Bibelauslegung für ihr eigenes Verständnis der Texte. Sie genießt und gewährt liturgische Gastfreundschaft mit anderen Religionen und begrüßt multireligiöse Feiern.

2.3. Zeugnis (Martyria)

Martyria bedeutet „bezeugter Glaube“. Die Botschaft von Gottes Güte und Menschlichkeit wird für die Hörenden nur glaubwürdig, wenn der eigene Lebenswandel der Botschaft entspricht – und auch andere gut und menschenwürdig leben können.[58] Missionarisches Zeugnis und die Wahrnehmung von Weltverantwortung gehören zusammen[59]. Die westliche Welt ist Nutznießerin der augenblicklichen ungerechten Weltwirtschaftsordnung; die Lebenschancen der Zwei-Drittel-Welt sind durch Kriege, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Klimawandel ausgesprochen schwierig. Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht ihre Verantwortung für die geschichtliche und gegenwärtige Situation. In zahlreichen Beschlüssen[60] hat sie diese analysiert und entsprechende Anstrengungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gefordert[61]. Sie ist selbst erste Schritte zur Verwirklichung eines gerechten Friedens und von Klimagerechtigkeit gegangen. Beispiele sind der weltweite Einsatz für Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten und der Einsatz für die Gestaltung eines baldigen Ausstiegs aus dem Braunkohletagebau.

Dass wir hartnäckig gegen alle Widerstände Position beziehen und unsere Art zu leben verändern, ist für uns eine Glaubensfrage. Wir müssen einfacher und solidarisch leben, damit alle gemeinsam überleben. Grund unserer Haltung und unseres Handelns ist Jesus Christus. Das bekennen wir freimütig vor der Welt.

2.4. Dienst (Diakonia)[62]

Die Diakonia[63], der Dienst, führt die Evangelische Kirche im Rheinland in das Tun des Gerechten[64]. Die Kirche steht in der Verantwortung für gerechte Lebensverhältnisse. Ihr Dienst gilt allen Menschen und der ganzen Schöpfung, weltweit

und vor Ort. Diakonia orientiert sich an der biblischen Tradition, das Wohl der Rechtlosen, Armen, Schutzlosen und Geflohenen[65] zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen. In der Diakonia dienen Menschen verschiedenen Glaubens gemeinsam dem biblischen Auftrag, für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten[66]. Auch in den Gemeinden, diakonischen Einrichtungen und Einrichtungen der EKiR leben Menschen in Notlagen[67]. Diakonia umfasst die Gemeinschaft von Hilfesuchenden und Hilfeleistenden[68].

Die Sozialstrukturen in unserem Land sind nicht ausreichend in der Lage, situations- und bedarfsgerechte, passgenaue Unterstützung und nötigen Schutz zu gewährleisten. Menschen werden Opfer der Globalisierung, weltweiter Auseinandersetzungen und Armutsentwicklungen. Diakonia bedeutet auch die politische Verantwortung, ungerechte Strukturen zu überwinden und zukünftig zu verhindern. Die Evangelische Kirche im Rheinland weiß sich trotz finanzieller Einbußen als eine materiell reiche Kirche. Im Austausch mit anderen Kirchen und sozialen Organisationen erkennt sie die Ambivalenz des Reichtums und die eigene Verstrickung in ungerechte Strukturen[69]. Ökumenische Partnerinnen und Partner sind nie Objekte des Handels, sondern Geschwister auf Augenhöhe („Empowerment“). Die Auswirkungen internationaler Konflikte, die in ungeheurem Maße zu Armut und Migration führen, und z.B. Kinder- und Altersarmut[70] stellen die Diakonia vor große Herausforderungen. Um ihnen zu begegnen, muss sich persönliche Hilfe mit anwaltlichem politischem Handeln verbinden. Beides ist wirksamer im ökumenischen Schulterschluss[71].

3. Ökumenische Kompetenz^[72]

Damit unser Handeln in gelebter und lebendiger Ökumene mündet, braucht es Gaben, Kompetenzen und Ressourcen. Diese drei können nicht abgelöst voneinander gedacht werden:

– Flüsse entspringen aus Quellen. Als Christinnen und Christen wissen wir um den Ursprung unserer

Gaben in Gott. Wir wissen um ihre Vielfalt in unseren Gemeinden, suchen und erkennen sie in unseren Geschwistern. Ihnen wollen wir Wege bereiten, sie zurüsten und in sie investieren.

– Flüsse spenden Leben. In der Ökumene gilt es, aus dem Vollen zu schöpfen und die Gaben „aufs Land zu bringen“, sie zu teilen und zu kultivieren. Die hierfür nötigen *Kompetenzen* sind erlernbar. Wir pflegen und fördern sie. Wir können uns auf sie verlassen.

– Flüsse leben von Zuflüssen. Die *Ressourcen* des ökumenischen Stroms werden mit jedem Zufluss vielfältiger und mit jeder Kompetenz reicher. Zuflüsse aus der Nähe und Ferne beleben uns. Mit unseren eigenen Kräften und Möglichkeiten müssen wir nicht sparen.

In Dankbarkeit für die Gaben und zugunsten eines gemeinsamen Lebens können wir ökumenisch wirksam werden. Unser Ziel ist, zur Ökumene zu ermutigen und Verantwortung zu teilen. Wir wollen uns und andere ermächtigen, sozial und formal bereit zu sein für den Vollzug von Ökumene. Diese Bereitschaft ist Ökumenische Kompetenz.[73]

Die Entwicklung dieser Bereitschaft ist mehr als eine an Problemen ausgerichtete Schulung von Fähigkeiten zur Überwindung von Herausforderungen.[74] Unser Auftrag ist es, eine positive ökumenische Haltung zu entwickeln. Dabei sind uns die Traditionen und Kooperationen in der Evangelischen Kirche im Rheinland bewusst.

Innerhalb der ökumenischen Kompetenz sind die unten aufgeführten Teilkompetenzen zu unterscheiden. Die meisten von ihnen sind nicht auf ein Anwendungsgebiet beschränkt. Sie sind nicht losgelöst von anderen Kompetenzen zu entwickeln. In ihrer Verwobenheit lässt sich keine Reihenfolge und Vollständigkeit für die ökumenische Arbeit festlegen. Unterschiedliche Akteurinnen und Akteure mögen sich berufen fühlen, selbst für ihr Umfeld wichtige Kompetenzen zu wählen und dort zu entwickeln. Dabei unterstützt das Werkbuch „Ökumene vor Ort und weltweit“[75].

Dialogische Kompetenz. Ökumene ist Austausch. Menschen lassen sich in ihrer Wahrnehmung Anderer herausfordern und bereichern. Sie sprechen über den eigenen Glauben. Sie ordnen ihn in einen größeren ökumenischen Kontext ein, beziehen Standpunkte und verändern diese. Sie stellen sich Konflikten. Den Mut zu sprechen und die Ruhe zuzuhören pflegen wir in unseren Gemeinden nicht nur unser selbst wegen, sondern in Vorbereitung der Begegnung mit Geschwistern anderer Traditionen.

Evangelistische Kompetenz. Über den eigenen Glauben zu sprechen bereichert die Begegnung mit Menschen anderer christlicher Traditionen, anderen Glaubens und ohne Bekenntnis. Wir bestärken Menschen darin, miteinander über ihren Glauben zu sprechen. Wir geben ihrem Zeugnis Räume der Wertschätzung in unseren Gemeinden.

Apologetische Kompetenz. Bereichernd für den Dialog mit Menschen unterschiedlicher christlicher Traditionen oder anderen Glaubens ist das Wissen über die eigenen Traditionen und ihre geschichtliche Einbettung. So entstehen Räume der Begegnung und des Austauschs. Wir sind auskunftsfähig und ausdrucksfähig über unsere Traditionen und ihre Geschichte. Wir entwickeln ein Gespür dafür, wo noch keine Einigung möglich ist.

Interkulturelle Kompetenz. Nicht alle Unterschiede im ökumenischen Kontext sind theologischer Natur. Die Begegnung mit anderen Kulturen bereichert auch als Begegnung mit den eigenen Normen, Werten und Regeln der weltlichen Kultur. Wir vergegenwärtigen uns die eigene Prägung und öffnen uns für andere Kulturen als Grundlage ökumenischer Entwicklung in unseren Gemeinden.

Interreligiöse Kompetenz. Die Begegnung mit Menschen anderer Religionen erfordert, sich des eigenen Glaubens gewiss zu sein und sich mit ihm auseinander zu setzen. Wir üben eine respektvolle Haltung gegenüber anderen Glaubensweisen ein. Wir arbeiten daran, unsere Vorurteile zu überwinden.

Inklusive Kompetenz. Ökumenische Gastfreundschaft ist mehr als bloße Einladung zur Gemein-

schaft. Sie fordert, unseren Partnerinnen und Partnern aktiv den Weg zu bereiten, damit sie unserer Einladung folgen können. Inklusive Kompetenz macht die Barrieren der Anderen auf dem Weg in die Gemeinschaft zu unseren eigenen und erkennt deren Überwindung als gemeinsame Aufgabe an. Wir ermutigen einander, Barrieren wahrzunehmen und ihre aktive Überwindung zum Teil unserer Kultur zu machen.

Liturgische und spirituelle Kompetenz. Die „Praxis Pietatis“, die christliche Frömmigkeit in Andacht, Bibelstudium und im Alltagsverhalten, ist Teil unserer Identität in ökumenischen Begegnungen. Wir schaffen Gelegenheiten des persönlichen Zugangs und Austauschs in unseren Gemeinden. Wir geben Hilfe zur Entwicklung einer persönlichen Frömmigkeit und suchen die Bereicherung im ökumenischen Austausch.

Prophetische Kompetenz. Das Studium der Bibel fordert, die Welt im Lichte von Gottes Verheißungen zu sehen. Wie die Prophetinnen und Propheten benennen wir Ungerechtigkeit und stellen die Parteilichkeit Gottes für die Armen heraus[76]. Wir rufen zur Umkehr und werben für eine nach Gottes Willen gestaltete Welt. Dieses Bewusstsein setzt ein Vorzeichen vor ökumenische Begegnungen und weitet unsere Geschwisterschaft in die ganze Welt. Der Unterschied zwischen der Welt, wie sie ist, und Gottes Willen stellt die Ökumene in profilierte, ganzheitliche und weltbewusste Räume.

Versöhnungskompetenz. Ökumenische Begegnung geschieht nicht im machtfreien Raum und häufig vor dem Hintergrund des historischen Missbrauchs von Macht. Das Bekenntnis von Schuld und die Versöhnung sind Instrumente zur Überwindung von Unrecht. Wir sensibilisieren in unserer Kirche für die gegenwärtigen Nachwirkungen, Schuld- und Schmerzpunkte ungleicher Machtverhältnisse[77]. Wir lernen auszuhalten, was wir nicht mehr ändern können, und suchen Versöhnung.

Handlungsorientierte Kompetenz. Direkte Kontakte mit ökumenischen Partnern und Partnerinnen ermöglichen, dass aus dem theoretischen Wissen um

die Eine Welt *praktisches Tun* erwächst – konkret, verändernd und nachhaltig. Verantwortung kann in kleinen Schritten und großen Würfeln wahrgenommen werden, ohne vor der Größe der Aufgabe zu verzagen. Ökumenisch zu sein bedeutet, selbst tätig zu sein, wachsendem Engagement ermutigend zur Seite zu stehen und ihm Wege zu bereiten.

Bildungskompetenz. Der Erwerb der genannten Kompetenzen ist nicht nur für ökumenische Begegnungen sinnvoll und nötig. Genauso bilden sich Menschen an der Ökumene und lernen sich selbst und andere neu kennen. Wir wertschätzen das Entwickeln ökumenischer Kompetenz als ein Bildungsgut an sich.

In der ökumenischen Landschaft entwickeln sich Kompetenzen aneinander und miteinander. Einzelne, Gemeinden, Kirchenkreise, Einrichtungen und Werke sind aufgerufen, Anreize und Entfaltungsmöglichkeiten für ökumenische Kompetenzen zu schaffen.

4. Menschen am Fluss – Aktive in der Ökumene

Schon immer leben und arbeiten Menschen an Flüssen und mit ihnen. Genauso selbstverständlich ist es für die Kirche, ökumenisch zu sein.[78] Zu den Akteurinnen und Akteure in der Ökumene, zu aktuellen Adressen und Initiativen in der EKIR verweisen wir auf die Online-Plattform XXX. Sie wird fortlaufend aktualisiert.

Anmerkungen

[1] Die Evangelische Kirche im Rheinland beteiligt sich 2021 an Veranstaltungen zu „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

[2] Lange umstritten bildet der Rhein heute nur außerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland, in der Evangelischen Kirche in Baden, eine Grenze, nämlich zu Frankreich und zur Schweiz.

[3] Zum Begriff „ökumenisch“ immer noch grundlegend Willem A. Visser 't Hooft, *Das Wort „Ökumenisch“ – seine Geschichte und Verwendung*, in: Ruth Rouse, Charles Stephen Neill (Hg.): *Geschichte der Ökumenischen Bewegung 1517–1948*, zweiter Teil, Göttingen 1957, S. 434–441. – Die Evangelische Kirche im Rheinland ist gerufen, „durch Zusammenarbeit mit den Kirchen der Ökumene an der Verwirklichung der Gemeinschaft der Christenheit auf Erden teilzunehmen“, *Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland*, Grundartikel IV, vgl. auch Artikel 1.5, vgl. auch *Selbstverpflichtung 1 der Charta Oecumenica*

Schlusswort – „Wohlan, alle, die ihr durstig seid, kommt her zum Wasser!“ (Jesaja 55,1)

Dieser Bibelvers fasst zusammen, was Ökumene bedeutet: Sie ist Einladung, Auftrag, Ermutigung und Verheißung. Bereichernde Vielfalt lockt. Ökumene umfasst den Auftrag, umzukehren, sich aufzumachen und zu verändern. Wir werden ermutigt, Ökumene zu leben und weiterzuentwickeln an den Ufern des „lebendigen Wassers“ (Johannes 4,14). Sie verheißt, dass sich Dinge und Menschen zum Guten ändern.

Vieles, was in der ökumenischen Arbeit geschieht, zeigt nicht sofort Ergebnisse. Die Begegnungen in der Ökumene sind Herausforderung und Wohltat zugleich. Sie bringen uns an unsere Grenzen und lassen uns darüber hinaus wachsen. Das Leben in anderen Landschaften und unter anderen Bedingungen zu erfahren, weitet die Möglichkeiten unseres Kirche-Seins.

Gottes Wort vermittelt die Notwendigkeit und lädt in die Gelassenheit, den Erfolg getaner Arbeit Gott zu überlassen. Bei allem Bemühen um die Ökumene hilft die Weisheit des Predigers: „Schicke dein Brot übers Wasser. Finden wirst du es nach langer Zeit“ (Prediger 11,1).

Die Ökumene der Evangelischen Kirche im Rheinland versteht sich in Grund und Ziel unter der Verheißung, dass Gott wunderbar in ihr handelt, damit alle eins seien (Johannes 17,21). ●

der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen von 2001.

[4] *Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland*, Artikel 1.6. Sie weiß sich der *Charta Oecumenica* verpflichtet.

[5] <https://www.duden.de/rechtschreibung/Konzeption>.

[6] Anlass für eine Ökumenekonzeption war die *Ökumenische Visite* vom 11.-21.06.2015, bei der Menschen aus anderen christlichen Kirchen im Rheinland und aus Partnerkirchen weltweit die EKIR besucht und kritisch begleitet haben. Daraus entstand nicht nur die Idee, Menschen von nah und fern die Grundlagen und Formen ökumenischer Arbeit der EKIR zu erläutern, sondern auch eine Orts- und Richtungsbestimmung von Ökumene vorzunehmen. Eine Zwischenstation war die *Konzeption*, die die Kirchenleitung 2017 zur Erprobung und Diskussion freigegeben hat, eine weitere 2017 das Werkbuch „Ökumene vor Ort und weltweit“.

das die Handelnden und ihre Arbeitsfelder mit Hinweisen und Anregungen für die Ökumene vor Ort verbindet: Schmid, Thomé, Vollendorf (Red.), *Ökumene – vor Ort und weltweit. Ein Werkbuch*, Düsseldorf 2018, https://gmoe.ekir.de/wp-content/uploads/2018/02/OEKUMENE_Werkbuch_2018.pdf, vgl. außerdem: *In Vielfalt leben. Werkbuch für interkulturelle Öffnung in der Evangelischen Kirche im Rheinland*, Düsseldorf 2015, <http://interkulturell.ekir.de/#> und Beschluss 30 der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland von 2018.

[7] Hier sei auf die innerchristliche Diskussion des lateinischen Begriffes „filioque“ (Sendung des Heiligen Geistes durch den Vater – „und durch den Sohn“?) verwiesen.

[8] Die Evangelische Kirche im Rheinland ist durch die Evangelische Kirche in Deutschland Mitglied des Weltrates der Kirchen (ÖRK), siehe Kirchenordnung Artikel 4 (3).

[9] Aus der *missio Dei* folgt die *missio ecclesiae*. ÖRK; 10. Vollversammlung 2013 in Busan: „Kirche hat nicht eine Mission, Mission hat eine Kirche.“ Siehe auch EKD-Text 125 Kirche sein in einer globalisierten Welt, *Zur Weggemeinschaft in Mission und Entwicklung*, S. 16: „Gott selbst handelt an allen Beteiligten, sowohl an den vermeintlichen „Gebern“ wie auch an den vermeintlichen „Empfängern.“

[10] Vgl. *Ökumene im 21. Jahrhundert. Bedingungen – theologische Grundlegungen – Perspektiven*, EKD-Texte 124, Hannover 2015, S. 34-37. – Daraus folgt auch das Konzept der „Ökumene der Sendung“ in der Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen vor Ort. Umsetzungen dieses Konzepts finden sich in den Erklärungen, Briefen und Aufrufen der EKIR mit den römisch-katholischen Bistümern Münster, Essen, Aachen und Trier zum 500. Jubiläum der Reformation 2017, <https://www.ekir.de/www/handeln/oekumene.php>, vgl. Markus Schaefer (Hg.), *Ökumenisch Kirche sein. Zu den ökumenischen Aufrufen und Erklärungen aus dem Jahr des Reformationsjubiläums*, Düsseldorf 2018.

[11] Dieses Bibelwort ist Grundlage für die Partnerkirche UCC (United Church of Christ) in den USA.

[12] *Barmer Theologische Erklärung (1934)*, These 6, *Evangelisches Gesangbuch (EG) Ausgabe EKIR, EKvW, Lippische Kirche*, S. 1380.

[13] Siehe Absatz zu Zeugnis (martyria) auf Seite 8.

[14] ÖRK, 10. Vollversammlung 2013 in Busan, Dokument Nr. PRC 01.1, Erklärung zur Einheit, Punkt 13. Die Aufforderung der Vollversammlung zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens unterstreicht die praktischen Ziele des ökumenischen Engagements und zugleich die Einsicht, dass es sich dabei auch um einen spirituellen Prozess handelt, vgl. <https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/nach-busan-auf-dem-pilgerweg-der-gerechtigkeit-und-des-friedens>

[15] Kirchenordnung Grundartikel I, Satz 4 und 5.

[16] *Evangelisches Gesangbuch (EG) 853 und 854*.

[17] Vgl. Monica Schreiber, *Kirche und Europa. Protestantische Ekklesiologie im Horizont europäischer Zivilgesellschaft*, *Praktische Theologie im Wissenschaftsdiskurs* 12, Göttingen 2012, S. 199. Vgl. zu der evangelischen Auslegung der *notae ecclesiae* auch die Studie der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) „Kirche Jesu Christi“, 1,2,3. und weiter die Studie der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung 214 „Die Kirche: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“, Genf 2013, Nr. 22, S. 11f.

[18] *Receptive ecumenism*.

[19] Diese Geschwisterlichkeit wird in der EKIR z.B. in der Interkulturellen Öffnung und im Zusammenleben mit Gemeinden unterschiedlicher Sprache und Herkunft erlebt und weiterentwickelt.

[20] *Confessio Augustana* 7 und 8 (EG 857), *Heidelberger Katechismus Frage 54 und 55* (EG 856), *Confessio Helvetica Posterior* 17.

[21] Im evangelischen Gottesdienst wird beim Apostolischen Glaubensbekenntnis meist von der „christlichen“ (Kirche) gesprochen. In refor-

miert geprägten Gemeinden ist durchaus die Formulierung „allgemeine (d.h. universale) christliche“ (Kirche) in Gebrauch.

[22] Römisch-katholischerseits wird daher auch auf den Zusammenhang von Katholizität und Sendung der Kirche verwiesen, z.B. Dorothea Sattler, *Kirche(n)*, Paderborn 2013, S. 48.

[23] Die „Option für die Armen“ ist ein theologisches Prinzip, das eine besondere Parteinahme für die Entrechteten, sozial Marginalisierten und Bedürftigen betont und in den 1960er und 1970er Jahren in den von der Theologie der Befreiung geprägten lateinamerikanischen Kirchen wiederentdeckt wurde.

[24] Vgl. Schreiber, *Kirche*, S. 202f. Der Begriff „apostolisch“ (griechisch: „apostolé“ = Sendung) umfasst sowohl die historische Bindung der Kirche an das Zeugnis der Apostel, der von Jesus selbst ausgesandten Menschen, als auch die Dynamik der Sendung seiner Nachfolgerinnen und Nachfolger heute.

[25] ÖRK, Erklärung zur Einheit, Busan 2013. Der folgende Abschnitt betont im Horizont der gesamten Menschheit die besonderen, geschichtlich gewachsenen Beziehungen der EKIR zum Judentum und Islam.

[26] ÖRK, Erklärung zur Einheit, Punkt 3: Es ist unsere Aufgabe, „mit Angehörigen anderer Religionen zu teilen und von ihnen zu lernen, mit ihnen in dem gemeinsamen Bemühen um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der ganzen schönen, aber leidenden Schöpfung Gottes zusammenzuarbeiten. Vgl. auch Luzia Sutter Rehmann, *Integration in den Hoffnungskörper des Messias*, *Junge Kirche* 4/16, S. 10-13.

[27] Vgl. *In Vielfalt leben. Werkbuch für interkulturelle Öffnung in der Evangelischen Kirche im Rheinland*, Düsseldorf 2015.

[28] Das hebräische Wort „selem“, das in vielen Bibeln mit „Ebenbild“ übersetzt wird, bedeutet „Repräsentationsbild“. Es geht um mehr als eine ästhetische oder ontologische Ähnlichkeit: Die altorientalischen Königsvorstellung, nach der der Großkönig bevollmächtigter und verantwortlicher Repräsentant seines Gottes ist, wird in den Schöpfungsbericht übernommen, so dass jeder Mensch vor Gott königlicher Mensch ist. Vgl. auch B. Janowski, *Die lebendige Statue Gottes. Zur Anthropologie der priesterlichen Urgeschichte*, in: B. Janowski, *Die Welt als Schöpfung. Beiträge zur Theologie des Alten Testament* 4, *Neukirchen-Vluyn* 2008, S. 140-171 (= FS O. Kaiser, S. 183-214) und <https://www.bibelwissenschaft.de/wibilex/das-bibellexikon/lexikon/sachwort/anzeigen/details/gotebenbildlichkeit-at/ch/df9ecf2b71f7fd6ce108cd2f2903b140/>

[29] Das Grundgesetz der Bundesrepublik greift diesen Gedanken auf. Siehe Artikel 1 GG.

[30] *Beispielhaft Römer 12,15*: „Freut euch mit den Fröhlichen, weint mit den Weinenden.“ *1. Korinther 12,26*: „Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“

[31] Vgl. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris vom 10.12.1948. Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland nimmt sie 2011 im Beschluss „Chance für eine gerechte Welt“ auf. Er schließt ihre Zustimmung zur Erweiterung der Allgemeinen Menschen, z.B. auf Kinderrechte, ein.

[32] Vgl. zu den SDGs das Werkbuch „Ökumene vor Ort und weltweit“, S. 69, beachte besonders SDG 16 zum gerechten Frieden, vgl. Beschluss 30 der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland von 2018.

[33] Melancthon fährt fort: „... Weshalb das? Etwa, um nur Liebesgeschichten vorzulesen, auf Gastmählern zu wetteifern oder um darüber zu reden, wie man mit Verträgen durch Kauf, Verkauf usw. am besten Geld scheffeln kann? Nein! Die Menschen sollen einander über Gott und die Aufgaben der Ethik unterrichten. Das wechselseitige Gespräch möge in guter Gesinnung erfolgen, d.h. es soll eine wirklich angenehme Auseinandersetzung über diese grundlegenden Dinge sein.“ Philipp Melancthon *deutsch II. Rede über das unentbehrliche Band zwischen den Schulen und den Predigtamt*, 17-34, übersetzt von Michael Beyer und Günther

Wartenberg, Leipzig 1997, hier: 27; vgl. die ursprüngliche lateinische Fassung, CR 11, 606-618 Nr. 73, Zitat: 613.

[34] Vgl. die Metapher vom Baum und seiner Wurzel, Römer 11,18.

[35] Absage an Begriff und Sache der Judenmission – Beschluss der Kirchenleitung der EKIR vom 12./13.12.2008.

[36] Gemeint ist der TeNaCh, nicht nur die Thora.

[37] Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland 1980 „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden.“

[38] Im Grundartikel I der Kirchenordnung der EKIR heißt es: „Sie bezeugt die Treue Gottes, der an der Erwählung seines Volkes Israel festhält. Mit Israel hofft sie auf einen neuen Himmel und eine neue Erde.“, in Art. 1.5: „Sie fördert das christlich-jüdische Gespräch.“ Vgl. Selbstverpflichtung 10 der Charta oecumenica.

[39] Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland 2018, Nr. 55 zur Positionsbestimmung für die Begegnung mit Muslimen anknüpfend an Beschluss 103 der Landessynode 2009 „Abraham und der Glaube an den einen Gott. Zum Gespräch zwischen Christen und Juden“. Vgl. auch die Selbstverpflichtung 11 der Charta Oecumenica. Zum Ganzen auch Reinhold Bernhardt, Kein Mangel an Rechtgläubigkeit. Wegmarken in der theologischen Beziehungsbestimmung zum Islam, Deutsches Pfarrerberblatt 119 (7) 2019, S. 381-385.

[40] Vgl. zum Folgenden Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland 2018, Nr. 55 zur Positionsbestimmung für die Begegnung mit Muslimen. Vgl. auch S. 10 zur dialogischen Kompetenz.

[41] „Christus, der uns eins macht, ruft uns auf, in Gerechtigkeit und Frieden zu leben, und spornt uns an, gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden in Gottes Welt einzutreten (ÖRK-Vollversammlung von Busan 2013, Erklärung zur Einheit, Punkt 13). In der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland wird dies in Artikel 1 (5) und (6) inhaltlich vorweggenommen. Vgl. auch die gemeinsame Selbstverpflichtung der Charta oecumenica, in der auf der Grundlage der altkirchlichen Bekenntnisse der Weg zur sichtbaren Gemeinschaft der Kirchen, die Beziehungen zu Judentum, Islam und anderen Religionen sowie die Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung als zusammengehörig benannt werden.

[42] Siehe 1.3.

[43] Römer 5, 12-19; 2. Korinther 5,17 zum Konzept des neuen Menschen.

[44] Sichtbar anhand der Feuersäule und Wolke bei der Wanderung des Volkes Israel durch die Wüste, vgl. 2. Mose 13,21 oder als Gottes Wohnstatt im Tempel in Jerusalem.

[45] Vgl. Anmerkung 22. Die Unterscheidung zwischen Schöpfungslehre und Anthropologie führte zur Trennung von Natur und Kultur, von Natur- und Geisteswissenschaften – und letztlich zur Ermöglichung von Beherrschen statt Bewahren.

[46] Vgl. Patriarch Bartholomäus, Message upon the World Day of Prayer for the Protection of Creation (1. September 2012) und die Enzyklika von Papst Franziskus „Laudato si – Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ 66, S. 27 zur Sünde und 99, S. 42 zum Wohnen Gottes in der Welt in Christus.

[47] „Ökologisch“ hier direkt abgeleitet von griechisch „oikos“ = Haus, vgl. Jürgen Moltmann, Gott in der Schöpfung, S. 116ff. und 153ff.

[48] 1994 wurde auf Einladung der Evangelischen Kirche im Rheinland in Essensberg beim „Mitwelttag“ Folgendes erklärt: „Das Apostolische Glaubensbekenntnis zu Gott, dem Schöpfer des Himmels und der Erde, beinhaltet auch die Selbstverpflichtung des Menschen zur Diakonie an der Schöpfung. In Jesus Christus ist der Mensch ‚nach dem Bild des Schöpfers zur Erkenntnis erneuert‘ (Kolosser 3,10) und damit erneut in die Gemeinschaft der Mitgeschöpfe gestellt, auf die Hoffnung hin, dass auch das Geschaffene selbst befreit werden wird von der ‚Knechtschaft

des Verderbens zur Freiheit der Herrlichkeit der Kinder Gottes‘ (Römer 8,21). So hat die christliche Gemeinde in der Welt ein Zeichen zu sein, ein Hinweis auf die kommende Befreiung, sie hat in Ehrfurcht vor den Mitgeschöpfen diese zu schützen und ihre Lebensräume zu bewahren.“ (Essensberger Erklärung, S. 3.), vgl. auch Selbstverpflichtung 9 der Charta Oecumenica.

[49] In der Theologie wird der Gedanke der fortwährenden Schöpfung unter dem Stichwort „creatio continua“ behandelt.

[50] Vgl. Psalm 24,1: „Gott bewahrt die Erde, den Erdkreis und die darauf wohnen.“

[51] Vgl. Psalm 104,27: Alles Leben wartet darauf, dass Gott auf es zukommt, wartet auf Gottes Zukunft. Die Bibel spricht in diesem Kontext auch von Erlösung und der Wiederkunft Christi.

[52] Ökumene ist – in Anlehnung an den Ausspruch von Bischof Desmond Tutu bei der 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre 2006 „No optional extra“, vgl. Ökumene im 21. Jahrhundert, EKD-Text 124, S. 68.

[53] Vgl. 7. Vollversammlung des ÖRK 1991 in Canberra: „Einheit der Kirche als Koinonia“.

[54] Die Evangelische Kirche im Rheinland nimmt die wachsende Vielfalt christlicher Kirchen und Gemeinschaften durch den Zuzug von Mitgliedern orthodoxer und orientalischer Kirchen, aber auch durch das Entstehen zahlreichen Gemeinden unterschiedlicher Sprache und Herkunft von Migrantinnen und Migranten wahr und sucht in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) bzw. im Internationalen Kirchenkonvent (Rheinland Westfalen) IKK nach Möglichkeiten vertrauensvoller Zusammenarbeit, vgl. auch Ökumene im 21. Jahrhundert, EKD-Text 124, S. 25 und „Gemeinsam evangelisch!“ Erfahrungen, theologische Orientierungen und Perspektiven für die Arbeit mit Gemeinden anderer Sprache und Herkunft, EKD-Text 119, Hannover 2014.

[55] Praktisch drückt sich das z.B. im Einsatz für eine Abkehr von der Massentierhaltung, in der Veränderung unserer Ernährungsgewohnheiten und im Eintreten für die Rechte von Tieren und Pflanzen aus, vgl. Nutztier und Mitgeschöpf! Tierwohl, Ernährungsethik und Nachhaltigkeit aus evangelischer Sicht. Ein Impulspapier der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, Hannover 2019.

[56] Praktische Hinweise dazu in „Ökumene vor Ort und weltweit“, S. 52-55.

[57] Vgl. das Konzept der „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE, vgl. dazu Michael Bünker und Martin Friedrich (Hgg.), Die Kirche Jesu Christi. Der reformatorische Beitrag zum ökumenischen Dialog über die kirchliche Einheit, Leipzig 2012, S. 55-59: Ein Einheit wächst auch durch gemeinsame Gottesdienstfeiern und den Austausch liturgischer Traditionen und Lieder, vgl. auch Selbstverpflichtung 5 der Charta Oecumenica.

[58] Die Weltmissionskonferenz in Arusha 2018 hat den Zusammenhang vom Zeugnis durch das Wort und durch die Tat betont: Der Weg der Nachfolge führt Christinnen und Christen dahin, Gottes in Jesus Christus offenbarte Liebe kundzutun und praktisch zu leben, vgl. auch die Beiträge zum Thema „Nachfolge“ in Vom Geist bewegt – zu verwandelnder Nachfolge berufen. Zur Weltmissionskonferenz in Tansania, Weltmission heute 83, Hamburg 2018, S. 191-220, vgl. auch Missionarisch Volkskirche sein. Zur Entwicklung und Umsetzung einer Leitvorstellung, Beschluss 42 der 60. Landessynode der EKIR 2010, S. 17f.

[59] Vgl. Kirche sein in einer globalisierten Welt. Zur Weggemeinschaft in Mission und Entwicklung, EKD-Text 125, Hannover 2015, S. 30-21.

[60] Beschluss 68 der Landessynode 2008 „Wirtschaften für das Leben“, Beschluss 9 der Landessynode 2011 „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ und Beschluss 16 „Chancen für eine gerechtere Welt – Biblisch-theologische Impulse zu den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten im Kontext der Globalisierung“, das „Zeugnis des Glau-

bens“ und den Ergebnissen der Projektgruppe Globalisierung sowie den jährlichen Berichten an den EU-Außengrenzen, das „Friedenswort“ der Landessynode 2018, Beschluss 30, <https://www.ekir.de/www/service/friedenswort-29591.php>.

[61] Vgl. Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland, Artikel 1,6.

[62] Diakonie war das Schwerpunktthema der Landessynode 2020. Der dort gehaltene Vortrag von Diakoniepräsident Ulrich Lilie nennt mögliche Eckpunkte zum Verhältnis von Kirche und Diakonie.

[63] Der griechische Begriff „diakonia“ wird hier für die Dimension von Kirche benutzt und von „der (verfassten) Diakonie“ im Sinne der realen diakonischen Arbeit durch Einrichtungen, Werke, Initiativen und Gemeinden unterschieden.

[64] D. Bonhoeffer, gemeint ist das „Tun dessen, was gerecht ist“ (Genitivus obiectivus).

[65] Die angegebenen Gruppen stehen beispielhaft für weitere marginalisierte.

[66] In vielen diakonischen Einrichtungen wird diese Einsicht verstärkt durch die interkulturelle Öffnung der Dienstgemeinschaft umgesetzt.

[67] In der verfassten Diakonie begegnet die Kirche Menschen, die Unterstützung und Begleitung brauchen. Dies geschieht insbesondere in der Kranken- und Altenpflege, Jugendhilfe, in der Armutsbekämpfung, in der Inklusion sowie der Migration und der Beratung.

[68] Vgl. als biblisches Beispiel Markus 2,1-12.

[69] Vgl. Beschluss 68 der Landessynode 2008 „Wirtschaften für das Leben“ – Stellungnahme zur wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Herausforderungen für die Kirchen.

[70] Vgl. Endnote 65.

[71] Vgl. zum Verhältnis Diakonie und Ökumene auch „Ökumene vor Ort und weltweit“, S. 26-28, 66-72.

[72] Wir sind uns der Bedeutungsverschiebungen des Kompetenzbegriffes durch Bologna und die OECD Schulstudien bewusst. Wir verstehen ihn weniger operationalisiert und weiter, wie im Folgenden ausgeführt wird.

[73] Im Sinne von Endnote 73 gehen wir in unserem Verständnis des Kompetenzbegriffes aus von: Weinert, F. E. (2001), Vergleichende Leistungsmessung in Schulen – eine umstrittene Selbstverständlichkeit, in: Ders. (Hrsg.): Leistungsmessungen in Schulen. Weinheim: Beltz.

[74] ... und ergänzen diesen in der Vielfalt von: Oser, F. und Baerswyl, F. (2001). Choreographies of teaching: Bridging instruction to learning, in: Richardson, V. (Hrsg.). Handbook of research on teaching. Washington, D.C.: American Educational Research Association.

[75] Vgl. Endnote 6.

[76] Vgl. Endnote 23 zur „Option für die Armen“, insofern umfasst die prophetische Kompetenz immer auch eine sozialpolitische.

[77] Viele ökumenische Partnerschaften sind von ungleichen Ausgangsbedingungen geprägt. Besonders im Hinblick auf die Kolonialzeit müssen wir Unrecht bekennen, welches heute noch für Ungleichheit verantwortlich ist. Praktische Hinweise zur gelebten Gemeinschaft in Partnerschaften in „Ökumene vor Ort und weltweit“, S. 62-65.

[78] Um die Geschichte der ökumenischen Bewegung darzustellen, wird oft das Bild eines Flusses benutzt: https://www.oikoumene.org/de/about-us/history/Chronologie_des_OeRK.jpg/@images/b4c-b89ea-1b97-4884-a348-dafc2210b264.jpeg. Vgl. dazu Annemarie C. Mayer, Herausfordernde Perspektiven der Ökumene – Informationen und Beobachtungen aus katholischer Sicht, Zeitschrift für Religionspädagogik 13 (2014), S. 131f., <https://www.theo-web.de/zeitschrift/ausgabe-2014-02/15.pdf>